

**Programm  
zur Kommunalwahl  
2020**

**DIE LINKE.**

**Bonn**

# Inhalt

1. Soziales	3
2. Wohnen	9
3. Öffentliches Eigentum	11
4. Verkehr	15
5. Klima- und Umweltschutz	17
6. Stadtentwicklung	22
7. Kommunale Demokratie	26
8. Geschlechtergerechtigkeit	27
9. Arbeit und Wirtschaft	29
10. Flucht und Migration	31
11. Bildung	33
12. Kultur	37
13. Sport	39
14. Gedenkkultur / Antifaschismus	40
15. Finanzen	42

## Präambel

Wir treten zur Kommunalwahl am 13. September an, weil wir unsere Stadt nicht nur anders verwalten, sondern tatsächlich verändern wollen. Wir treten an, um konkrete Vorschläge für eine soziale, solidarische und ökologische Politik in den Stadtrat und die Bezirksvertretungen zu tragen und dort die Interessen derjenigen zu vertreten, die durch ihr Engagement allen rund 320.000 Menschen in Bonn ein gutes und möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglichen wollen. Die Corona-Pandemie hat nachdrücklich deutlich gemacht, dass sozialer Zusammenhalt, Solidarität und die Abkehr von der Profitlogik, gerade in den wichtigen Bereichen unseres Zusammenlebens wie dem Gesundheitswesen, aktueller und wichtiger denn je sind. Unsere Fraktion hat in den vergangenen sechs Jahren durch ihre Oppositionsarbeit unter Beweis gestellt: Wir können diese Ziele in konkrete kommunale Politik umsetzen - wir sind die linke Alternative für Bonn!

Soziale Gerechtigkeit und die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben in Bonn unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Aufenthaltsstatus, sexueller Orientierung oder Behinderung sind zentrale Grundwerte unserer Politik. Demokratie bedeutet für uns mehr als nur die Stimmabgabe bei Wahlen. DIE LINKE steht für die direkte Einbindung der Menschen nicht nur in Diskussionen, sondern auch in die Entscheidungsprozesse. Die aktive Mitbestimmung bei der Gestaltung Bonns und seiner Stadtviertel ist unser Ziel. Die Unterwerfung unter die Logik der Profitmaximierung und die Privatisierung öffentlichen Raums oder Eigentums bedeuten Demokratieverlust! Was

alle brauchen, muss allen gehören und demokratisch gesteuert werden.

Wir benötigen in Bonn keine weiteren Hotels und wollen Privatinvestoren nicht mehr wie vor dem Hauptbahnhof ganze Straßenzüge oder gar Stadtviertel überlassen. Wir wollen die Verdrängung von Ärmern aus der Stadt stoppen und einen großen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand aufbauen, damit Wohnraum für alle bezahlbar ist und die Stadt nicht eines Tages ein Ghetto für Reiche wird. Wir stehen zudem an der Seite von Wohlfahrtsverbänden und Initiativen, wenn diese einen sozialen Rettungsschirm der Stadt gegen die Folgen der Corona-Pandemie fordern. Das soziale Netz unserer Stadt muss auch und gerade in Krisenzeiten halten und ausgebaut werden – es darf auch bei Haushaltsproblemen nicht zur Disposition stehen.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der die Ausbeutung von Mensch und Natur durch den Menschen überwunden und der Einsatz der natürlichen Ressourcen sowie die Produktion und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gerecht, nachhaltig und demokratisch geregelt werden. Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind für uns keine Imagefaktoren, sondern Auftrag für konkrete und radikale Veränderungen: Wir streiten für die echte Verkehrswende, ein schnelles Ende der Kohleverstromung bei den Stadtwerken, Umbau der Energieversorgung, konsequent regionale ökologische Landwirtschaft und den Grundsatz „(Um-)Nutzung statt Abriss“. Wir stehen für eine konsequente Unterstützung von Familien und Kindern sowie all denjenigen, die gerade in der Corona-Krise zu wenig im Fokus von Politik und Verwaltung standen.

Wir wollen die öffentliche Infrastruktur erhalten und – wenn notwendig – sanieren. Nur wer Geld genug hat, kann darauf leichtfertig verzichten. Dies gilt sowohl für die Bonner Bäder als auch für die Kulturstätten. Für uns sind Sport und Kultur keine Gegensätze, sondern beides unabdingbare Bestandteile einer lebenswerten Stadt. Wir wollen neue Freiräume schaffen – und vorhandene nicht abbauen.

Unsere Stadt braucht endlich einen Aufbruch für eine andere, eine soziale, ökologische und kulturvolle Politik. Zehn Jahre zunächst schwarz-grüne, dann schwarz-grün-gelbe Koalition haben der Stadt und den Bonner\*innen geschadet: (Kinder-) Armut, ÖPNV, Fahrradwege, Bestand an Sozialwohnungen, Bädersanierung – auf keinem Feld haben diese Koalition und ihr CDU-Oberbürgermeister Lösungen gefunden, durchgesetzt oder auch nur kreative Wege aufgezeigt.

DIE LINKE.Bonn ist deshalb bereit, auf Grundlage dieses Wahlprogramms Verantwortung für einen Politikwechsel in Bonn zu übernehmen. Unsere Antwort ist nicht frustriertes Abwenden, sondern ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik auf Grundlage dieses Wahlprogramms. Wir laden alle ein, gemeinsam mit uns für einen Aufbruch in Bonn zu streiten – für ein solidarisches, ökologisches und kulturvolles Bonn!

## 1. Soziales

Bonn soll eine Stadt sein, in der alle Einwohner\*innen gut leben können. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, Menschen die Möglichkeit zu bieten, an allen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Angeboten ihrer Kommune teilzuhaben oder sie selbst organisieren zu können. DIE LINKE wirkt bildungsbedingten und materiellen Ungleichheiten entgegen. Kommunale Sozialpolitik soll einen selbstbestimmten Alltag ermöglichen. Wir treten deshalb nicht nur für den Erhalt, sondern für den Ausbau sozialer Leistungen, kommunaler Unterstützungsangebote und eine verstärkte Förderung sozialer Initiativen und Träger ein. Ihre Arbeit muss zukünftig durch bindende Förderverträge auf eine verlässliche und von der Haushaltsentwicklung unabhängige Rechtsgrundlage gestellt werden. Dabei soll die städtische Förderung der Lohn- und Preisentwicklung Rechnung tragen. Gerade in ärmeren Stadtvierteln müssen Präsenz, Aktivitäten und Angebote sozialer Einrichtungen intensiviert werden. Dabei erstreckt sich unser Verständnis von Sozialarbeit auch auf den gesundheitspräventiven Bereich.

Das zunehmende Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich zeigt sich insbesondere auf kommunaler Ebene. In ärmeren Bonner Stadtvierteln kommt es verstärkt zu Ausgrenzung. Das Ausmaß an Kinderarmut und Altersarmut ist besorgniserregend. Mehr als 50.000 Menschen leben in Bonn in Armut – nach offiziellen Zahlen. Noch sehr viel mehr Menschen müssen sich genau überlegen, wie sie mit ihrem Geld über die Runden kommen und ob sie sich ihre Wohnung, die nächste Stromrechnung, Theater- und Kinokarten oder einfach

das Ausgehen leisten können. Die prekäre Lage vieler Geringverdiener\*innen und Leistungsbezieher\*innen zeigt sich auch an der zunehmenden Zahl von Menschen, die z.B. die Schuldnerberatungsstellen aufsuchen oder die Tafeln nutzen, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Einiges ist hier auf Bundesebene zu tun: beispielsweise die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 12 EUR, einer Mindestrente und die Erhöhung des SGB-II-Regelsatzes auf 639 EUR.

## **Sanktionsfreie Grundsicherung – Jobcenter neu gestalten**

DIE LINKE lehnt das Hartz-IV-System grundsätzlich ab. Wir setzen uns auf Bundesebene alternativ für eine bedarfsorientierte und sanktionslose Grundsicherung ein. Vor Ort beginnt ein solcher Politikwechsel mit einer transparenten und leistungsfähigen Organisation des Jobcenters und der Arbeitsagenturen. Es muss Schluss sein mit einer undurchsichtigen, unkontrollierbaren Behördenstruktur, mit Jobcentern, die die Menschen mit ihren Problemen weitgehend alleinlassen oder gar drangsaliieren. Dringend notwendig ist es daher, die Trägerversammlung um neutralere soziale Organisationen (Kirchen, Erwerbslosen- oder Sozialforen) zu erweitern, die dort gleichberechtigtes Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht besitzen sollen. Es gehört auch zu den Aufgaben des Stadtrats als demokratisch legitimiertem Gremium, wirkliche Kontrollfunktionen gegenüber dem Jobcenter auszuüben.

Wir fordern konkret:

- ◀ menschenwürdige Behandlung der Leistungsberechtigten und eine bedarfsorientierte Arbeitsweise im Jobcenter. Dazu gehören längere Öffnungszeiten

und bessere telefonische Erreichbarkeit.

- ◀ angemessene fachliche, interkulturelle und psychosoziale Qualifikation der Mitarbeiter\*innen.
- ◀ eine höhere Anzahl von Mitarbeiter\*innen, insbesondere für den „Kunden\*innenkontakt“. Entfristung der befristeten Arbeitsverträge.
- ◀ ein Ende des systematischen Auskundschaftens der Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen von SGB-II-Empfänger\*innen (Sozialschnüftelei).
- ◀ sofortige Beendigung jeglicher Art von Sanktionen, Repressalien und Schikanen gegenüber den Leistungsempfänger\*innen.
- ◀ Unterstützung von Sozialberatungsstellen, die Leistungsberechtigte unabhängig beraten können.
- ◀ Ein-Euro-Job-Maßnahmen sind grundsätzlich abzulehnen. „Vermittlungen“ in Leiharbeitsfirmen oder Zuweisungen zu Bildungsträgern dürfen nicht im Mittelpunkt der Arbeit des Jobcenters stehen, sondern die Erwerbslosen selbst: Ihnen ist bei der Zuweisung von Qualifizierungsmaßnahmen ein effektives Mitspracherecht einzuräumen.
- ◀ Der Schlüssel für die Kosten der Unterkunft (KdU), inklusive der Nebenkosten, muss auf ein dem Bonner Wohnungsmarkt entsprechendes Niveau angehoben werden. Anstatt einer starren Obergrenze müssen flexible Modelle und Einzelfallprüfungen insbesondere bei Menschen mit Kindern, älteren und kranken Menschen umgesetzt werden.

## **Bonn-Ausweis attraktiver machen**

In der Stadt Bonn leben annähernd 20.000 Kinder und Jugendliche, bei denen das elterliche Einkommen unter der Armuts-

grenze liegt. Diese materielle Kinderarmut zu bekämpfen, ist ein vorrangiges Ziel. Zugleich müssen jedoch für diese Kinder die Anstrengungen im Bereich der Bildung verstärkt werden. Die Kinderbetreuung muss weiter ausgebaut werden, vor allem im Bereich der unter Dreijährigen – auch durch mehr Erzieher\*innen.

In Bonn ist der Bonn-Ausweis eines der wichtigsten Instrumente, um armutsbedingte Benachteiligungen durch Preisermäßigungen oder kostenfreie Nutzung von Angeboten aufzufangen. DIE LINKE will den Bonn-Ausweis zu einem umfassenden „Beteiligungspass“ ausbauen. Der Ausweis soll durch Anhebung der Einkommensgrenze und eine aktive Bewerbung durch die Stadt verstärkt auch Geringverdiener\*innen offenstehen.

Wir fordern für den Bonn-Ausweis:

- ◀ Vergrößerung des Berechtigtenkreises durch Anhebung der Einkommensobergrenze auf mindestens das Doppelte des Regelsatzes.
- ◀ Einführung eines stadtweit geltenden Monatssozialtickets für maximal 15 EUR.
- ◀ Kostenfreiheit für gebührenpflichtige Leistungen der städtischen Verwaltung, mindestens 50-prozentige Reduktion der Preise bei städtischen Einrichtungen wie Bädern, Theatern oder Museen.
- ◀ Anerkennung des Bonn-Ausweises bei allen städtisch geförderten Freizeit-, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen oder Vereinen mit mindestens 50 Prozent Preisreduktion bei weitgehender Erstattung von Einnahmeausfällen.
- ◀ Einführung eines Stromsozialtarifs auf Basis von Naturstrom bei den Stadtwerken Bonn.

- ◀ vereinfachte Ausstellung und Geltungsdauer für mindestens ein Jahr.
- ◀ Möglichkeit zur Eröffnung eines kostenlosen und gebührenfreien Girokontos bei der Sparkasse KölnBonn.

### **Energie muss bezahlbar bleiben – Sozialtarife für Strom und Gas**

Die Nebenkosten einer Wohnung werden für viele zu einer immer stärkeren Belastung. Speziell Strom- und Heizkosten sind immens gestiegen. Die Abkehr von Atomkraft und Kohle ist richtig, doch Energie muss für alle bezahlbar sein. Unsere Initiative für einen Ökosozialtarif bei den SWB, der den durchschnittlichen Stromverbrauch auch mit den viel zu gering bemessenen SGB-II-Regelleistungen bezahlbar macht, wurde von der schwarz-grün-gelben Mehrheit abgelehnt. Gerade Geringverdiener\*innen und Leistungsbezieher\*innen müssen jedoch durch einen kommunalen Sozialtarif bei den Stadtwerken entlastet werden. Allein Energieberatung oder ein Prepaid-Modell sind keine strukturelle Lösung.

Darüber hinaus wollen wir die rigide Praxis der schnellen Stromsperrungen durch die Stadtwerke beenden. Es kann nicht sein, dass Menschen, die ihre Rechnung aus Geldmangel vorübergehend nicht zahlen können, bereits nach kurzer Zeit der Strom abgestellt wird. Eine Wohnung ohne Strom oder gar Heizung ist faktisch unbewohnbar und verletzt die Menschenwürde.

### **Bonn inklusiv gestalten**

Es gibt keinen Durchschnittsmenschen. Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist anders und vielfältiger. Nach Schätzungen beträgt die Zahl von Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung über 20 % der

Gesamtbevölkerung. Hierzu gehören neben denjenigen mit einer amtlich festgestellten Behinderung auch andere Personen wie z.B. Menschen, die aus Unkenntnis oder anderen Gründen keinen Antrag auf Schwerbehindertenausweis stellen.

Durch vielfältige Barrieren im Alltag, in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen und Behörden ist Teilhabe für sie nur eingeschränkt möglich. Es gilt, diese Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen sowie die Blockaden in den Köpfen zu überwinden. Wir wollen, dass grundsätzlich jeder Mensch alle öffentlich zugänglichen Bereiche selbstständig nutzen kann. Das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Kommune ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport. Ziel ist für uns eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch die Möglichkeit erhält, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Wir setzen uns für eine Inklusion ein, die diesen Namen verdient.

DIE LINKE.Bonn unterstützt das Leitbild des Behindertenpolitischen Teilhabeplans, wonach sich die Bundesstadt Bonn als inklusives Gemeinwesen versteht. „Inklusion beinhaltet die Vision einer Gesellschaft, in der alle Mitglieder in allen Bereichen selbstverständlich teilhaben können und die Bedürfnisse aller Mitglieder selbstverständlich berücksichtigt werden.“ DIE LINKE setzt sich ein für einen diskriminierungsfreien Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung/Beeinträchtigung, einschließlich der Bedingungen der Einstellung, einer existenzsichernden Entlohnung, Weiterbildung, des Aufstiegs und Erhalts

des Arbeitsplatzes.

Wir fordern konkret:

- ◀ die Umsetzung des Behindertenpolitischen Teilhabeplans nicht nur bei einzelnen Leuchtturmprojekten, sondern seine flächendeckende und bereichsübergreifende Berücksichtigung.
- ◀ Barrierefreiheit ist bei jeder Planung von Bauvorhaben vorzusehen. Vorhandene Barrieren müssen systematisch erfasst und abgearbeitet werden.
- ◀ Der ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) muss durchgehend barrierefrei werden: Haltestellen müssen zügig umgebaut werden und alle Fahrzeuge müssen ausreichenden Freiraum im Inneren bieten.
- ◀ Erleichterung barrierefreier Kommunikation, insbesondere in öffentlichen Einrichtungen: Nutzung und Förderung von PCs mit Sprachausgabe (Screenreader) und Braillezeile sowie Blindenschrift, der Gebärdensprache und der Leichten Sprache. Beispielsweise sollten die Stadtratssitzungen grundsätzlich gebärdengedolmetscht werden, auch bei der Internetübertragung.
- ◀ aktive Bewerbung und Unterstützung von Modellen der Persönlichen Assistenz durch die Stadt sowie Schaffung niederschwelliger Zugänge zu Persönlicher Assistenz, unter anderem durch bessere personelle und finanzielle Förderung.
- ◀ Beratungs- und Förderprogramme für barrierefreien Wohnraum und öffentlich zugängliche Einrichtungen.
- ◀ Dialog mit der Landesregierung zur Stärkung der Regelschulen, die personell und finanziell so ausgestattet werden

müssen, dass sie ihrer Aufgabe, inklusive Schulen zu sein, gerecht werden können.

- ◀ Austausch zwischen Kommune, interessierten Arbeitgeber\*innen, den Werkstätten, weiteren Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und dem Landschaftsverband Rheinland mit dem Ziel, reguläre Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderungen zu schaffen.
- ◀ Es ist sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen die Teilnahme an Freizeit-, Erholungs- und Sportaktivitäten ermöglicht wird und dass sie gleichberechtigt mit anderen am kulturellen Leben teilnehmen und aktiv mitwirken können. Dazu gehören niederschwellige Zugänge zu Freizeitangeboten und die Gestaltung des Großteils der Freizeitangebote derart, dass Menschen mit Behinderungen sie mit Assistenz nutzen können.
- ◀ Akteur\*innen mit Behinderung/Beeinträchtigung sollen in die Planung kultureller Veranstaltungen und Produktionen miteinbezogen werden.
- ◀ Um allen Menschen eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Bundesstadt Bonn zu ermöglichen, ist der Fahrdienst für Menschen mit Behinderung weiter auszubauen.
- ◀ Bei der Sanierung des Bestands denkmalgeschützter öffentlicher Gebäude sollte die Barrierefreiheit Vorrang vor einem vollständigen Denkmalschutz haben.

## **Jugendförderung**

Kinder und Jugendliche müssen zukünftig besser beteiligt werden. Für DIE LINKE ist

die direkte Beteiligung junger Menschen an den kommunalen Entscheidungsprozessen notwendig, um dauerhaft eine attraktive Stadtentwicklung zu gewährleisten.

Dazu soll Bonn am Programm „Kinderfreundliche Kommune“ teilnehmen und den über das Programm entstehenden Aktionsplan umsetzen.

Wir fordern konkret:

- ◀ dass der Kinder- und Jugendring mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird.
- ◀ dass Jugendverbänden und -gruppen unkomplizierte Hilfestellungen geboten werden, auch bei der Beantragung von Fördermitteln.
- ◀ dass die Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit gestärkt wird. Begleiter\*innen von Kinder- und Jugendgruppen sollen beim Besuch städtischer Einrichtungen freien Eintritt erhalten.
- ◀ Die Stadt darf queere (Begriff, der sexuelle und geschlechtliche Vielfalt abweichend der Heteronorm umfasst) Jugendliche in der Phase ihres Coming-Outs nicht allein lassen. Aufklärungsprojekte in der Schule und Anlaufstellen für Jugendliche müssen von der Stadt organisatorisch und finanziell unterstützt werden.

## **Obdachlose**

In Bonn verbringen einige hundert Menschen ihr Leben ganz oder weitgehend auf der Straße. Die Angebote der Stadt und karitativer Einrichtungen zielen in erster Linie auf die kurzfristige Unterbringung und Versorgung und treffen häufig nicht den eigentlichen Bedarf dieser Menschen.



Ein eigenes Zuhause stellt die wichtigste Grundlage für weiterreichende Hilfe dar. In Bonn hat der Verein für Gefährdetenhilfe (VfG) in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem asphalt e.V./fiftyfifty mit einem Housing-First-Projekt begonnen, dessen Finanzierung durch das Land im November 2020 vorerst ausläuft. Wir fordern, dass die Stadt die finanzielle Unterstützung des Housing-First-Projekts übernimmt.

## **Selbstbestimmtes Leben im Alter**

Alter ist für uns ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht auf die Pflege oder Kosten reduziert werden darf. An seiner Gestaltung müssen Senior\*innen entscheidend beteiligt sein. Ihre Lebensgestaltung darf nicht durch Diskriminierung, Verarmung oder andere Barrieren behindert werden. Einer gesellschaftlichen Ausgliederung von Senior\*innen muss entgegengewirkt werden. Die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung muss gewährleistet werden. Wir brauchen kommunale Strukturen, die ein selbstbestimmtes Leben unterstützen und begleiten.

Wir fordern konkret:

- ◀ eine kommunale Selbstverpflichtung zur Errichtung barrierefreier, mit Notrufsystemen ausgestatteter Alterswohnungen oder -wohngemeinschaften.
- ◀ die Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen können (Mehrgenerationenhäuser).
- ◀ eine altersgerechte Stadtteilentwicklung durch wohnumfeldbezogene Maßnahmen, stadtteilorientierte gesundheitsbezogene Konzepte und spezielle Unterstützungsangebote zur wohnortnahen (auch „aufsuchenden“) Beratung, Versor-

gung und Betreuung.

- ◀ den Erhalt bzw. die Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten in den Stadtteilen, auch durch Genossenschaften oder Vereine.
- ◀ den Ausbau von kultursensibler, ambulanter und stationärer Hilfe und Pflege für ältere Migrant\*innen.
- ◀ die Förderung der Palliativmedizin und Verbreiterung des Hospizangebotes.
- ◀ die Modernisierung, sowie den Neu- und Ausbau kommunaler Seniorenzentren.
- ◀ eine angemessene Bezahlung von Beschäftigten im Pflegedienst.

## 2. Wohnen

### **Preiswertes und menschenwürdiges Wohnen ermöglichen!**

In Bonn herrscht Wohnungsmangel und die Mieten und Wohnungspreise erreichen immer neue Höhen. In vielen Stadtvierteln können sich ärmere Haushalte keine am normalen Markt angebotenen Wohnungen mehr leisten. Es fehlen preisgünstigere Wohnungen, da in den vergangenen Jahren öffentliche Wohnungsbestände verkauft wurden, sozialer Wohnungsbau nahezu nicht erfolgte, soziale Bindungen in großer Zahl wegfielen und vorwiegend (Eigentums-)Wohnungen für Wohlhabendere entstanden. Die zunehmende Kapitalisierung des Immobilienmarktes in Städten zeigt mittlerweile den meisten deutlich: Ohne Regulierung und ein erhebliches Angebot von öffentlichen, sozialen und genossenschaftlichen Wohnungen lässt sich das Recht auf menschenwürdiges Wohnen nicht einlösen und die Verdrängung nicht stoppen. Um einen solchen Sektor aufzubauen, müssen aktiv alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen genutzt werden: der konsequente Einsatz städtischen Vorkaufsrechts, der Ankauf von Wohnungsbeständen und Grundstücken, die Rekommunalisierung und Vergesellschaftung von Beständen großer Immobilienkonzerne, eine Grundstücksvergabe allein nach Konzept und nicht nach Preis. Unser Ziel ist, dass Wohnen keine Ware mehr ist.

Auch dank unserer Initiativen wird in Bonn wieder über eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus diskutiert. Denn es kommt darauf an, welche Wohnungen und für wen sie gebaut werden. Alle Erfahrungen zeigen: Neubau nach Marktkriterien und Renditeerwartungen kann den

Wohnungsmangel nicht beheben. Denn vom Wohnungsmangel sind in erster Linie Menschen mit keinem oder geringem Einkommen betroffen. Nach langer Verweigerung hat die schwarz-grün-gelbe Koalition ein „Baulandmodell“ beschlossen, das für Neubauten mit neuem Planungsrecht ab 12 Wohnungen 20 % und ab 24 Wohnungen 40 % sozialen Wohnraum vorschreibt. Dies war ein von uns lange eingeforderter Schritt, allerdings greift dieses Modell aufgrund zu hoch angesetzter Einstiegszahlen nur bei einem geringeren Teil der Neubauten. Wir wollen deshalb, dass dieses Modell auch bei einer geringeren Wohnungsanzahl gilt und die Stadt möglichst bei allen größeren Neubauvorhaben über einen Bebauungsplan anteilig sozialen Wohnungsbau erzwingt.

Sozialer Wohnungsbau kommt allen Mieter\*innen zugute: Ein großes Angebot an sozialem und öffentlichem Wohnraum ist die effektivste Möglichkeit, um starke Mietsteigerungen und Höchstmieten zu begrenzen. Hier muss insbesondere die städtische Wohnungsbaugesellschaft (VEBOWAG) aktiv sein und in die Lage versetzt werden, Wohnungen zu errichten und anzukaufen. Städtische Grundstücke müssen vorrangig ihr angeboten werden.

Auf unseren Antrag hin hat der Stadtrat 2013 eine Zweckentfremdungssatzung verabschiedet, mit der missbräuchlicher Leerstand und Umwandlung von Wohnraum u.a. in kommerzielle „Ferienwohnungen“ bekämpft werden können. Die Wirkung dieser Satzung ist bisher begrenzt und muss deutlich erhöht werden, u.a. wäre eine landesgesetzliche Grundlage einer Meldepflicht für Ferienwohnungen erforderlich, um die immer weiter um sich greifende Zweckentfremdung von regulärem Wohn-

raum einzudämmen.

Angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu haben, ist für uns ein Grundrecht; aber auch die Wohnverhältnisse müssen stimmen. Speziell große private Immobilienfirmen, manchmal aber auch öffentliche Wohnungsanbieter, vernachlässigen ihren Wohnungsbestand zugunsten kurzfristiger Gewinnerwartungen. Wohnungen stehen dann leer oder verfallen und die Mieter\*innen leben in eigentlich unzumutbaren Wohnverhältnissen. Hier muss die Stadt tun, was ihr möglich ist, um die Eigentümer\*innen unter Druck zu setzen und den Mieter\*innen beizustehen. Bei anhaltenden Missständen müssen rechtliche Mittel wie etwa eine Vorkaufssatzung oder die Ausweisung eines Sanierungsgebiets Anwendung finden, um den weiteren Verfall von Immobilien aufzuhalten, auch durch städtischen Ankauf oder Enteignung.

Wir brauchen mehr barrierefreien Wohnraum in Bonn. Wir unterstützen die Leitorientierung des Behindertenpolitischen Teilhabepplans Bonn: „Die Gestaltung von Wohnraum, Wohnform und Wohnumfeld orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und schafft die Voraussetzungen zur Teilhabe. Niemand wird durch seine Wohnung oder Wohngegend behindert. So bekommen alle Menschen die gleichen Möglichkeiten zum Leben, egal, wo sie wohnen.“

Wir fordern konkret:

- ◀ eine Verschärfung des „Baulandmodells“ mit Geltung einer 50-Prozent-Quote für sozialen Wohnungsbau bereits bei Vorhaben mit mindestens acht Wohneinheiten; anteilig barrierefreie Wohnungen auch in den anderen Wohnungen.
- ◀ Die Bindung von Wohnungen im sozialen

Wohnungsbau muss auf mindestens 40 Jahre angehoben werden.

- ◀ Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Kapitalzufuhr statt Ausschüttungen an die Stadt und konsequente Abgabe bzw. Übertragung von Grundstücken an die städtische Wohnungsbau-gesellschaft VEBOWAG.
- ◀ Ankauf von Wohnbauflächen und Wohnungsbeständen durch die Stadt bzw. eine städtische Entwicklungsgesellschaft oder die VEBOWAG; konsequente Ausnutzung des kommunalen Vorkaufrechts zur Übernahme von Grundstücken, Wohnbeständen und Erzwingung von anteilig preisgünstigem Mietwohnraum (siehe auch „Stadtentwicklung“).
- ◀ Abgabe städtischer Grundstücke zur Wohnbebauung nur nach alleiniger Konzeptvergabe, bei gemindertem Verkehrswert an die VEBOWAG oder an Genossenschaften.
- ◀ Verfolgung von missbräuchlichem Wohnungsleerstand durch konsequente Anwendung der Zweckentfremdungssatzung, Aufstockung des städtischen Personals, Geltung der Satzung ab einer Wohneinheit, bei Abriss Ersatz durch Mietwohnungen, möglichst Meldepflicht von „Ferienwohnungen“ sowie Erhöhung der Bußgelder.
- ◀ Nutzung des Instruments sozialer Erhaltungssatzungen („Milieuschutz“) zum Schutz vor Mieter\*innenverdrängung, insbesondere für die Bonner Alt- und erweiterte Nordstadt, Kessenich und Endenich.
- ◀ Bei der Neuausweisung von Baugebieten oder großflächigen Bebauungsplanänderungen sind vorrangig mehrgeschossige Mietwohngebäude vorzusehen. Nachverdichtung in bereits

bebautem Raum soll bevorzugt über Aufstockung erfolgen. Baugenehmigungen können im Einzelfall in einem beschleunigten Verfahren erteilt werden.

- ◀ personelle und finanzielle Stärkung der städtischen Wohnungsaufsicht, um Missstände bei Immobilien besser abstellen, großen Immobilienunternehmen auf Augenhöhe begegnen und gegen die Vernachlässigung von Eigentümerpflichten vorgehen zu können.
- ◀ ein Förderprogramm für den barrierefreien Umbau bestehender Wohnungen.
- ◀ Anhebung der Sätze für die Kosten der Unterkunft auf ein Niveau, das tatsächlich die Mietzahlungen auch innenstadtnaher Wohnungen deckt.

### 3. Öffentliches Eigentum

#### **Was alle brauchen, das muss auch allen gehören!**

DIE LINKE steht für eine handlungsfähige öffentliche Hand, die das Gemeinwohl sichert und gewährleistet. Nicht nur, aber gerade auf allen Feldern der Daseinsvorsorge benötigen wir starke öffentliche und kommunale Einrichtungen. Wir wenden uns deshalb gegen Privatisierungen auch in Gestalt von ÖPP-Projekten (öffentlich-private Partnerschaft). Um ein ÖPP-Projekt handelt es sich zum Beispiel dann, wenn eine Einrichtung von Privaten gebaut und dann von der Stadt gemietet wird. Erfahrungsgemäß geht die Kommune als Verliererin hervor, weil jede Preis- und Mieterhöhung von ihr getragen wird, ohne dass sie wirklich Zugriff hat.

Als „PPP-Persönlichkeit (Public-Private-Partnership) des Jahres“ 2011 steht der amtierende Oberbürgermeister sinnbildlich für diese Politik. Die Stadt Bonn sollte mit der ÖPP Deutschland AG (inzwischen PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH) kooperieren. Das wurde zunächst durch DIE LINKE im Rat gestoppt. Jetzt lässt die Stadtverwaltung erneut Neubauten von Kindertagesstätten als ÖPP-Projekt prüfen. Wir lehnen solche Privatisierungen ab, da hierdurch neue oder sanierte Gebäude der Stadt langfristig zu hohen Preisen zurückgemietet werden müssen. Mit ÖPP geht damit ein Verlust an demokratischen Steuerungsmöglichkeiten einher, da auf öffentliche Einrichtungen wie Schul- oder Kitagebäude jahrelang kein voller Zugriff mehr besteht. ÖPP ist zudem auch erheblich teurer, da die Stadt so die derzeit hohen Baupreise keinesfalls vermeidet, diese vielmehr zuzüglich privater Profite

über Jahrzehnte abzuzahlen hat. In Zeiten niedriger Zinsen ist ein solches Vorgehen besonderer Unsinn. Stattdessen gilt es, den öffentlichen Sektor zu stärken: nicht als Selbstzweck, sondern zur Gewährleistung hochqualitativer Daseinsvorsorge für alle!

## **Für eine handlungsfähige Stadtverwaltung**

Unser Anspruch an eine handlungsfähige öffentliche Hand beginnt bei der Stadtverwaltung selbst. Ein jahrelanger Kurs der Wiederbesetzungssperren und des Personalabbaus hat in vielen Fachämtern zu hohen Überstundenzahlen und Arbeitsverdichtung geführt. Den Preis zahlen Beschäftigte und Bürger\*innen mit schlechterer Servicequalität und langen Warte- und Bearbeitungszeiten. Hierfür steht sinnbildlich die gescheiterte Reform der Bürgerdienste. Die Konzentration der Bürgerdienste im Stadthaus im Rahmen eines neuen Anmeldesystems sollte Personalkosten sparen. Horrende Wartezeiten waren die Folge, die nur teilweise durch zwischenzeitliche personelle Aufstockungen wieder aufgefangen werden konnten. DIE LINKE steht für bürger\*innenfreundliche Bürgerdienste, die dezentral auch wieder verstärkt in den Stadtbezirken angeboten werden. Für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen sollte auch ein aufsuchender Verwaltungsservice angeboten werden.

Zwischenzeitlich hat die Stadtverwaltung zumindest teilweise einen Kurswechsel nach dem Personalabbaukurs der letzten Jahre vollzogen und stellt wieder stärker ein. Für die Nachwuchsgewinnung werden sogar kostspielige Werbekampagnen aufgelegt. Wir sehen solche Werbekampagnen kritisch. Die beste Werbung für die Stadt als Arbeitgeberin sind zufriedene Mitarbeiter\*innen und gute Arbeitsbedingungen

mit ordentlicher tariflicher Bezahlung. DIE LINKE lehnt Politik zu Lasten der Beschäftigten ab und wird sich für gute Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt einsetzen. Da die Aufgaben der Verwaltung in Zukunft nicht weniger werden (z.B. Kinderbetreuung), soll die Stadt auch zukünftig wieder verstärkt Personal einstellen.

Wir fordern konkret:

- ◀ Schluss mit Leih- und Zeitarbeit bei der Stadtverwaltung, den Seniorenzentren und dem Theater.
- ◀ gute Arbeit bei der Gebäudereinigung: Die Fremdvergabe der Reinigungsleistungen bei der Stadt fördert Dumpinglöhne und zugleich schlechte Reinigungsleistungen in unseren Schulen und Verwaltungsgebäuden. DIE LINKE steht für die Rekommunalisierung der Gebäudereinigung durch eigenes Personal, zu guten Löhnen und mit machbaren Zeitvorgaben für die Gebäudereinigung.
- ◀ mehr städtische Ausbildung mit Übernahme Garantien.
- ◀ kostenfreie Jobtickets für Azubis und neue Mitarbeiter\*innen im ersten Jahr. Dafür sollen Parkprivilegien abgebaut werden.
- ◀ Reduzierung des externen Beratungsaufwandes auf das zwingend erforderliche Maß.
- ◀ In Kooperation mit der VEBOWAG (städtische Wohnungsbaugesellschaft) sollen auch für städtisches Personal mehr Wohnangebote geschaffen werden.
- ◀ Neuorganisation des Städtischen Gebäudemanagements (SGB): Das aus der Kernverwaltung ausgegliederte Gebäudemanagement wird seinen Aufgaben angesichts des Investitionsstaus und der negativen Entwicklungen auf Baustellen

(Haus der Bildung, Beethovenhalle etc.) häufig nicht gerecht. Deshalb: kontrollfreie Sonderrechte des SGB (Vergaberecht, politische Kontrolle) abschaffen und die Reintegration des SGB in die Kernverwaltung prüfen!

- ◀ Schluss mit Arbeitsverdichtung, zunehmendem Stress und Wiederbesetzungssperren!
- ◀ DIE LINKE steht dafür, bei personalwirtschaftlichen Maßnahmen und Veränderungen den Konsens mit den Beschäftigten und ihren Vertreter\*innen zu suchen.

### **Kommunale Unternehmen: gemeinwohl- statt profitorientiert!**

Städtische Einrichtungen und kommunale Beteiligungsunternehmen müssen sich durch eine strikte Orientierung am Gemeinwohl auszeichnen und von profitorientierten Mitbewerbern deutlich unterscheiden. Ausschüttungen öffentlicher Unternehmen an die Stadtkasse sind nicht Ziel ihrer wirtschaftlichen Betätigung. Der am Gemeinwohl ausgerichtete Auftrag darf hinter finanziellen Ansprüchen der Stadt nicht zurückstehen.

Der öffentliche Auftrag kommunaler Unternehmen erfordert hohe Anforderungen an Transparenz und Offenheit. Neben der Veröffentlichung der Gehälter von Vorständen und Geschäftsführungen, die wir bereits bei der Sparkasse und den SWB durchsetzen konnten, muss auch das Gehaltsniveau von Vorständen und Geschäftsführer\*innen sinken. Sie tragen nicht mehr Verantwortung als der/die Oberbürgermeister\*in unserer Stadt. Daher orientieren wir uns auch bei der Zustimmung zu Anstellungskonditionen von Vorständen und Geschäftsführer\*innen

kommunaler Unternehmen am Gehalt des Oberbürgermeisters. Das Bonussystem für sie muss abgeschafft werden. Es darf nicht sein, dass eine vertraglich vereinbarte Aufgabenerfüllung mit Zusatzzahlungen belohnt wird. Wenn eine Pflegefachkraft 16 Betten zu versorgen hat, dann bekommt sie auch keinen Bonus, wenn sie das schafft.

Öffentliche Unternehmen sollen auch für eine neue Beteiligungskultur stehen. Das bedeutet für uns neben der Einbindung der Zivilgesellschaft über Nutzer\*innenbeiräte auch die enge Beteiligung der Beschäftigten an der Unternehmenspolitik.

Wir fordern konkret für die Stadtwerke Bonn (SWB):

- ◀ Die Stadtwerke Bonn müssen sich als kommunales Unternehmen auf die Gewährleistung eines bezahlbaren und zuverlässigen Nahverkehrs in einem erweiterten Netz sowie ökologische und bezahlbare Energieversorgung konzentrieren.
- ◀ Ausschüttungen an die Stadtkasse soll es nicht mehr geben, so werden die Stadtwerke gestärkt.
- ◀ Die Ratspolitik darf die SWB nicht durch Aufgabenübertragungen von ihren Kernaufgaben ablenken. DIE LINKE hat daher die Zentralbadpläne in Verantwortung der SWB abgelehnt.
- ◀ Die komplizierten Beteiligungsstrukturen der SWB müssen verschlankt und insbesondere Geschäftsführungsaufwand muss eingespart werden.
- ◀ Wir wollen die Energiesparte der Stadtwerke (EnW) wieder vollständig in Bonner Hand zurückführen, um Gewinnabfluss zu verhindern und mehr Möglichkeiten für die Verkehrswende zu

haben. Derzeit sind auch andere Kommunen an der EnW beteiligt und erhalten Ausschüttungen.

- ◀ Private Beteiligungen und Fusionen lehnen wir ab. Regionalen Kooperationen auf Augenhöhe, insbesondere mit anderen kommunalen Stadtwerken stehen wir aufgeschlossen gegenüber.
- ◀ Investitionen der SWB in klimaschädliche konventionelle Kraftwerke (Kohle, Gas und Dampf) lehnen wir ab und setzen uns für einen Ausstieg aus Beteiligungen der SWB an solchen Kraftwerken ein. Darüber hinaus sollen die SWB die Eigenerzeugung erneuerbarer Energien ausbauen.
- ◀ Als Ausdruck der sozialen Verantwortung fordern wir einen SWB-Stromsozialtarif mit einem festen Grundkontingent.
- ◀ Die Müllverbrennungsanlage der SWB ist auf die Rolle eines bedarfsorientierten Verwertungsbetriebes für die Region auszurichten.

Wir fordern konkret für die Sparkasse KölnBonn:

- ◀ Die Sparkasse KölnBonn muss die Politik des fortgesetzten Rückzuges aus der Fläche beenden und langfristig ein dichtes Filial- und Automatennetz bewahren.
- ◀ Renditeinteressen dürfen bei dem kommunalen Institut nicht an erster Stelle stehen. Das erfordert objektive Beratungen, insbesondere der Kleinkund\*innen.
- ◀ Die Überziehungszinsen sind deutlich zu senken.
- ◀ Bei ihrer Unternehmenspolitik liegt der Grundauftrag der Sparkasse in der Kreditversorgung der Bürger\*innen und

der regionalen Wirtschaft und nicht in der Ausrichtung auf den internationalen Kapitalmarkt und spekulative Geschäfte.

- ◀ Das sehr hohe Vergütungsniveau des Vorstandes sollte zurückgeführt und auch weibliche Vorstandmitglieder bestellt werden.

Wir fordern konkret für die städtische Wohnungsbaugesellschaft (VEBOWAG):

- ◀ Im Bereich der Wohnungspolitik ist die fast komplett städtisch kontrollierte VEBOWAG zu stärken. Das städtische Unternehmen ist finanziell so auszustatten, dass den Herausforderungen für mehr bezahlbaren Wohnraum begegnet werden kann.
- ◀ Ausschüttungen an die Stadtkasse sollen nicht mehr stattfinden.
- ◀ Die Stadt muss der VEBOWAG geeignete Grundstücke zu vergünstigten Konditionen zum Bau bezahlbarer Wohneinheiten zur Verfügung stellen.

Wir fordern den Aufbau einer kommunalen Stadtentwicklungsgesellschaft:

- ◀ Eine Stadtentwicklungsgesellschaft soll vor allem das leisten, was nicht Aufgabe der VEBOWAG ist: den Ankauf von Flächen im größeren Umfang und die Entwicklung von größeren Bauprojekten, um sich unabhängig von den Interessen von Investor\*innen zu machen. Nachdem wir dies als LINKE bereits seit Jahren gefordert hatten, hat auch die Ratsmehrheit Anfang 2019 die Gründung einer solchen Stadtentwicklungsgesellschaft beschlossen. Danach ist nichts passiert. Die Stadt darf aber die Entwicklung von Wohnraum und größeren Flächen nicht weiter nur Investor\*innen überlassen.



## 4. Verkehr

### **Besser mobil in Bonn: Verkehrswende jetzt!**

Bonn muss seinen öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen, günstiger machen und die Mobilität per Fahrrad oder zu Fuß fördern: Eine Stadt, die dem Autoverkehr viel Raum lässt, verzichtet auf Lebensqualität, behindert die Mobilität anderer und ignoriert seine ökologischen und sozialen Folgen. Die selbst gesetzten Klimaziele wird Bonn nur erreichen, wenn der Autoverkehr radikal reduziert und gleichzeitig das alternative Mobilitätsangebot drastisch verbessert wird. Verkehrsprobleme können durch den motorisierten Individualverkehr nicht gelöst werden, auch nicht durch die vollständige Umstellung auf ebenfalls raum- und ressourcenfressende Elektrofahrzeuge. Wer weiter breitere Straßen und neue Brücken oder Unterführungen für den Autoverkehr baut, wird neuen Verkehr erzeugen oder anziehen.

Der Autoverkehr soll schrittweise aus der Stadt verdrängt und alle Viertel müssen mit einem leistungsfähigen, kontinuierlichen und komfortablen ÖPNV-Angebot (Öffentlicher Personennahverkehr) versorgt werden, das den Verzicht aufs Auto leichtmacht. Dabei muss eine gute öffentliche Verkehrsanbindung integraler Bestandteil schon bei jeder Planung sein. Der so gewonnene Platz kommt vielen zugute: Radfahrer\*innen, Fußgänger\*innen, Rollstuhlfahrer\*innen, spielenden Kindern. Aus einem Parkplatz kann ein Wohngebäude oder eine Grünfläche werden, und manchmal ist auch der schönere Anblick ohne Blechreihen schon ein wirklicher Gewinn.

Wir wollen Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere den Ausbau

von Straßenbahnlinien, die Vernetzung und einen dichten Takt der Buslinien. Ziel ist der nachhaltige Auf- und Ausbau eines integrierten und ökologisch zukunftsweisenden Verkehrsnetzes, das auch gute Verbindungen in den Rhein-Sieg-Kreis bietet. Sofern räumlich möglich, sollten ausreichend bemessene P&R-Plätze (Park-and-Ride-Plätze/Parkplätze in der Nähe von Haltestellen) den Umstieg insbesondere auf schienengebundenen ÖPNV erleichtern.

Der ÖPNV in Bonn ist viel zu teuer. Bundesweit belegt Bonn hinter Nürnberg den unrühmlichen zweiten Platz in der Höhe der Fahrpreise. Als Perspektive haben wir den fahrscheinlosen Nahverkehr für alle, da jeder Mensch einen Anspruch auf Nahmobilität ohne finanzielle Schranken hat und die ökologische Verkehrswende so für alle zum Vorteil wird. Wir wollen ein echtes 365-Euro-Jahresticket für alle Bonner\*innen, unbefristet für Neu- und Bestandskund\*innen. In der Perspektive muss ein solches Ticket auch das Bonner Umland miteinbeziehen.

Wir fordern ein umfassendes, günstiges, soziales Monatsticket für maximal 15 Euro.

Bei kaum einem Thema wie der Verkehrswende hat die schwarz-grün-gelbe Koalition in den vergangenen 10 Jahren so versagt. Exemplarisch ist hier das Ziel „Fahrradhauptstadt 2020“ – ein klägliches Scheitern bei der Förderung des Radverkehrs. Die Ausweitung des Radwegenetzes, die Einrichtung von Pendler\*innenrouten ins Umland und innerstädtischen Umweltsuren bzw. geschützten Radwegen, der starke Ausbau von Radabstellplätzen auch in Tiefgaragen, sinnvoll vernetzte und wirklich beruhigte Fahrradstraßen, verbesserte Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV – all dies



gilt es endlich umzusetzen.

Wir fordern konkret:

- ◀ den Ausbau eines komfortablen, leistungsfähigen und zuverlässigen ÖPNV. Niemand soll auf den Hauptlinien außerhalb der Randzeiten länger als maximal sieben Minuten auf Bus oder Bahn warten oder sich in ein überfülltes Fahrzeug hineinquetschen müssen. Auf einzelnen Linien ist ein noch engerer Takt erforderlich. Ringlinien sollen Verbindungen bieten, die nicht über das Zentrum führen und so die Fahrzeit verringern und die Innenstadt entlasten.
- ◀ Innerstädtisch soll auf allen zweispurigen Straßen eine Umweltspur für Bus- und Radverkehr entstehen – sofern dort keine Busse verkehren, ein geschützter Radweg. Für den ÖPNV müssen an Ampeln tatsächlich Vorrangschaltungen gelten. Stockenstraße, Rathausgasse, Maximilian-, Thomas-Mann- und der vordere Teil der Budapester Straße werden für den Autoverkehr gesperrt (außer Zu-/Abfahrten der Tiefgaragen). In Fahrradstraßen gilt zukünftig nur noch „Anlieger frei“.
- ◀ Statt der vollständigen Umstellung auf Elektrobusse, die bislang jedenfalls recht geringe Akkukapazität und in ihrer Herstellung einen hohen Ressourcenverbrauch aufweisen, sollte perspektivisch innerstädtisch wieder ein Oberleitungsnetz aufgebaut werden, sodass O-Busse (Oberleitungsbusse, die elektrisch betrieben werden) die wesentlichen Strecken befahren können.
- ◀ Investitionen zur Ausweitung des Straßenbahnnetzes: Wir wollen eine oberirdische „Hardtberg-“ bzw. „Westbahn“, da sie die ÖPNV-Qualität für Poppelsdorf, Endenich und Duisdorf deutlich verbessert und den Umstieg vom Auto fördert. Ebenso sollen die Linien 63 und 61 Richtung Buschdorf bzw. Friesdorf und Mehlem verlängert werden. Wir unterstützen den Bau einer neuen Bahnverbindung von Bonn nach Niederkassel Richtung Köln. Perspektivisch muss auch die Eisenbahnstrecke nach Köln ausgebaut werden, um einen gut getakteten S-Bahn-Verkehr zu ermöglichen.
- ◀ Für einen zuverlässigen und ausgebauten ÖPNV über die Stadtwerke wird Personal benötigt, dessen Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessert werden müssen.
- ◀ Wir unterstützen den Radentscheid Bonn, der ein gutes Radwegenetz, komfortable und sichere Radstellplätze im ganzen Stadtgebiet, effektive Kontrollen zur Freihaltung der Geh- und Radwege und höhere Sicherheit für Rad- und Fußverkehr speziell an Kreuzungen fordert.
- ◀ Der Venusberg und das Uniklinikum müssen durch den ÖPNV besser angebunden und zugleich die Parkraumbewirtschaftung auf dem Venusberg intensiviert werden. Ob eine Seilbahn ein geeignetes Mittel zur besseren Anbindung ist, muss im Licht der bisher zurückgehaltenen Kosten-Nutzen-Analyse unter Berücksichtigung der dann ggf. reduzierten Busverbindungen, der ästhetisch-städtebaulichen Folgewirkungen sowie im Dialog mit Anwohner\*innen und Beschäftigten auf dem Venusberg und den von der Trassenführung Betroffenen abschließend bewertet werden.
- ◀ Der Autoverkehr muss in Stufen aus der Innenstadt herausgehalten werden. Neben Durchfahrtsbeschränkungen ist das innerstädtische Parkplatzangebot

oberirdisch zu verringern, zudem soll kein Neubau von Parkhäusern und Tiefgaragen erfolgen. Mittel- bis langfristig ist auch die Zahl von Tiefgaragen zu reduzieren. Die Parkgebühren sollen deutlich angehoben, mindestens verdoppelt werden.

- ◀ kein Neu- oder Ausbau von Straßen, die überwiegend dem Autoverkehr dienen; weder innerstädtisch, wie bei der geplanten Zufahrtsrampe Richtung Hauptbahnhof von der Viktoriabrücke, noch insbesondere von Autobahnen wie der A 565, dem „Tausendfüßler“. Lärmschutz ist auch ohne Ausbau möglich, zumal das dann höhere Fahrzeugaufkommen diesen konterkariert. Venusbergtunnel oder Ennert-Aufstieg wird es mit uns nicht geben.
- ◀ Tempo 30 soll flächendeckend auf innerstädtischen Straßen gelten. Diese Verlangsamung erhöht die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer\*innen, stärkt andere Mobilitätsarten und bietet den Anwohner\*innen besseren Lärmschutz.
- ◀ Der weitere innerstädtische Umbau von Ampeln und Kreuzungen in Kreisverkehre soll beendet werden. Sie dienen vornehmlich der Erleichterung des Autoverkehrs und bieten für Fußgänger\*innen und besonders mobilitätseingeschränkte Menschen geringere Sicherheit.
- ◀ Wir begrüßen die Forderung der LINKEN im Rhein-Sieg-Kreis zum Ausbau der Siegstrecke. Dadurch würde Güterverkehr, der aktuell durch Bonn läuft, auf diese Strecke verlagert werden. Dies entlastet das Bonner Gleisnetz.

## 5. Klima- und Umweltschutz

### Klimaziele einhalten

DIE LINKE setzt sich für eine konsequente Klimaschutzpolitik ein, die das 1,5-Grad-Ziel des Übereinkommens von Paris und das vom Bonner Stadtrat gesetzte Ziel einer CO<sub>2</sub>-Neutralität bis spätestens zum Jahr 2035 auch wirklich erreicht. Es war richtig, in Bonn per Ratsbeschluss den „Klimanotstand“ auszurufen, denn bisher ist auch in Bonn nicht viel geschehen. Die Stadt Bonn wirbt mit ihrem Klima- und Nachhaltigkeitsanspruch, doch die ursprünglich selbst gesetzte Marke einer bereits 40-prozentigen CO<sub>2</sub>-Reduktion im Jahr 2020 wurde klar verfehlt. Tatsächlich wurden ausreichende und ernsthafte Bemühungen für einen radikalen Wandel im Bereich des Ressourcenverbrauchs, der Energieversorgung oder des Verkehrs in den letzten Jahren nicht unternommen. Insbesondere der Verkehr weist weiterhin kontinuierliche CO<sub>2</sub>-Steigerungsraten auf. Dabei ist schon jetzt unbestreitbar, dass der menschengemachte Klimawandel drastische Folgen (auch in Bonn) haben wird und es darauf ankommt, alles zu tun, Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und die weitere Erderwärmung zu stoppen. Um die (lokalen) Klimaschutzziele noch erreichen zu können, sind deshalb grundlegende Veränderungen notwendig.

Von wirksamer Klimaschutzpolitik sind nahezu alle kommunalen Politikfelder betroffen - von der Energieversorgung über die Wirtschaftsförderung, den Verkehr, das Grün- und Waldflächenmanagement, die Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten und der Einflussnahme auf die regionale Wirtschaftsstruktur. In all die-

sen Bereichen müssen bei jeder Maßnahme die Auswirkungen auf das Klima mitgeprüft und die Politik an der CO<sub>2</sub>-Vermeidung ausgerichtet werden. Das bedeutet für uns: sofortiger Ausstieg aus der Kohlewirtschaft, dezentrale ökologische Energieversorgung in kommunaler oder genossenschaftlicher Hand, Erhalt und Aufwertung wertvoller Grünflächen, radikaler Umbau des Verkehrssystems hin zu einer verträglichen Mobilität, Aufbau einer regional ausgerichteten Kreislaufwirtschaft mit hohen Wiederverwendungs- und Recyclinganteilen sowie eine möglichst regionale und ökologische Lebensmittelversorgung. In ihrem eigenen Handeln soll die Stadt samt ihren Gesellschaften ein Vorbild sein.

Wir fordern konkret:

- ◀ Die Stadtwerke Bonn beziehen und vertreiben ab spätestens 2025 keinen Kohlestrom mehr. Die Stadtwerke-Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen wird mindestens abgegeben, es werden alle Anstrengungen unternommen, das Kraftwerk bis dahin stillzulegen.
- ◀ Die Verkehrswende wird in möglichst raschen Schritten eingeleitet, der ÖPNV massiv ausgebaut und vergünstigt, Fahrrad- und Fußverkehr erhalten wesentlich größere und sicherere Straßenräume auf Kosten des Autoverkehrs. Ziel ist für uns die weitgehend autofreie Stadt (siehe Kapitel Verkehr). Ein kommunales Förderprogramm zur Anschaffung von Lastenrädern soll schnell umgesetzt werden.
- ◀ Damit Bonn seine Klimaziele zuverlässig erreicht, muss die Leitstelle Klimaschutz personell so verstärkt werden, dass sie für alle relevanten Bereiche durchgerechnete Ausbau- und Reduktionspfade

mit jährlichen konkreten Zielvorgaben entwickeln und jährlich über den Stand der Umsetzung berichten kann.

- ◀ Die Photovoltaik muss mit einem kommunalen Programm gefördert werden. Auf städtischen Dachflächen werden generell Photovoltaik-Anlagen installiert, es sei denn Denkmalschutzgründe sprechen dagegen. In den nächsten fünf Jahren sollen auf allen geeigneten städtischen Dachflächen solche Anlagen entstehen.
- ◀ In Neubaugebieten bzw. bei größeren Bauprojekten sollen generell Solarenergie-Nutzung und Passivhausbauweise über Bebauungspläne, Erbpachtverträge und Konzeptvergaben durchgesetzt werden. Im Rahmen von städtebaulichen Verträgen bei gewerblicher Nutzung ist zudem die Verpflichtung zur Parkraumbewirtschaftung, zum Angebot von Jobtickets und zur Vermeidung von privater Nutzung von Dienstwagen festzuschreiben.
- ◀ Für eine sichere, kommunale, ökologische und klimagerechte Stromversorgung werden wir auch Stromspeichermedien in städtischer Hand benötigen. Bonn muss daher die notwendigen Ressourcen zum Aufbau einer solchen Technologie in der Stadt bereitstellen, sobald diese verfügbar sind.
- ◀ Auf unsere Initiative hin bezieht die städtische Verwaltung zertifizierten Ökostrom. Wir wollen, dass sämtliche städtische Stellen und mehrheitlich städtische Beteiligungsunternehmen mit Ökostrom arbeiten. Bisher wird die Energiewende vor allen Dingen auf Kosten der privaten Stromkund\*innen finanziert. Energie muss auch für die Bevölkerung mit geringem Einkommen wieder bezahlbarer

werden. Die LINKE. Bonn fordert daher einen Sozialtarif mit einem festen Grundkontingent für Strom und Gas.

- ◀ Die Fern- und Nahwärmeversorgung (soweit nachhaltig erzeugt) sollte in Bonn ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für öffentliche Gebäude und Ministerien, die sich in Bonn befinden.
- ◀ Es wird ein kommunales Programm zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden etabliert. Die Stadt muss ihre Investitionen in die Sanierung deutlich auf jährlich 5 % des kommunalen Gebäudebestandes steigern.
- ◀ Ausbau der Bonner Energie Agentur zu einer Institution der – soweit möglich – verpflichtenden umfassenden Neubau- und Modernisierungsberatung.
- ◀ Auf öffentlichen Flächen wird die Nutzung von Mehrweggeschirr vorgeschrieben. Heizpilze werden untersagt.
- ◀ Die Stadt Bonn wirkt über ihre (wenn auch geringe) Beteiligung am Flughafen Köln/Bonn darauf hin, dass Nah- und Inlandsflüge sukzessive entfallen. Für den wirklich unvermeidbaren ministeriellen Pendelverkehr nach Berlin werden wieder (mehr) ICE/IC-Direktverbindungen geschaffen. Mitarbeiter\*innen der Stadt, ihre politischen Vertreter\*innen und Mitarbeiter\*innen ihrer Unternehmen verzichten auf alle Flüge unter 600 km. Die Dienstreiseordnungen werden dementsprechend angepasst.
- ◀ Der Anteil kontrolliert biologisch erzeugter Lebensmittel aus regionaler Erzeugung bei der Mittagessensversorgung in Kitas und Schulen wird bis zum Jahr 2025 auf 50 % und bis zum Jahr 2035 auf 100 % gesteigert. Diese Quotenverpflichtung gilt auch für sämtliche städti-

sche Empfänge und Verpflegungen. Die nachhaltige Beschaffung muss für alle Produkte eingefordert werden.

- ◀ Städtische landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Flächen werden generell nur noch unter der Auflage einer kontrolliert ökologischen Bewirtschaftung (erneut) verpachtet. Die städtischen landwirtschaftlichen Flächen sollen spätestens ab dem Jahr 2030 vollständig ökologisch bewirtschaftet werden. Der Umstieg auf eine zertifiziert ökologische Bewirtschaftung soll durch die Stadt Bonn durch eigene Maßnahmen, z.B. Finanzierung von Beratungsleistungen, unterstützt werden.
- ◀ Gefällte städtische Bäume werden binnen eines Jahres ersetzt. Es wird wieder eine Stadtgärtnerei gegründet, die kontrolliert ökologisch arbeitet und sukzessive die Bepflanzung städtischer Flächen übernimmt. Im kommenden Jahrzehnt wird ein erheblicher Teil des Bonner Baumbestandes sein natürliches Lebensalter erreichen. Durch die fortschreitende Erwärmung und Trockenheit wird dieser Prozess beschleunigt. Die Stadt muss daher rechtzeitig die personellen und finanziellen Mittel bereitstellen, damit die Neupflanzung mit Baumarten gelingt, die an die sich verändernden Bedingungen angepasst sind.
- ◀ Bei der Neuerrichtung städtischer Gebäude werden zukünftig ausschließlich biologische Dämmmaterialien eingesetzt. Für alle anderen Materialien gilt: Bei der Ausschreibung sind in jedem Fall diejenigen mit vorteilhaften Lebenszyklusbilanzen zu bevorzugen.

## Grünflächen erhalten und ökologisch aufwerten

Kommunalpolitisches Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden – nicht nur zum Wohle der Natur. Vielfältiges Grün, Parks, naturnahe Gartengebiete, verbindliche Biotopverbundkonzepte, möglichst großräumige Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie natürlich fließende Bäche und Flussläufe bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in Bonn.

Naturschutzgebiete müssen besser ausgezeichnet und effektiver geschützt werden. Auch in einer Großstadt bedeutet Naturschutz immer gleichzeitig Artenschutz. Biotope im Stadtgebiet lebender seltener Arten, wie z.B. Kreuzkröte, Wechselkröte, Mauereidechse, Gelbbauchunke, Hirschkäfer und Wildkatze sollten vorrangig geschützt und vernetzt werden. Städtische Grünflächen und die Friedhöfe sollen unter Beachtung ökologischer Gesichtspunkte bepflanzt und gepflegt werden. In Zusammenarbeit mit der Biologischen Station sollen die hier heimischen Varianten von Pflanzen verwendet werden. Wir wollen keinen Einsatz von Pestiziden. Die Stadt fördert Projekte des Urban Gardenings und hilft durch Beratung und finanzielle Unterstützung bei der Schaffung von Projekten solidarischer Landwirtschaft.

Wir fordern konkret:

- ◀ Die Festlegungen des Integrierten Freiraumsystems (IFS) dürfen nicht leichtfertig ignoriert werden. Das Messdorfer Feld soll als große zusammenhängende Freifläche unangetastet bleiben, beispielsweise dürfen die Flächen Im Wingert (Poppelsdorf), In den Schleiden (Lannesdorf) und der erweiterten

Landwirtschaftskammer (Roleber) nicht bebaut werden.

- ◀ Wie unsere Lebensmittel produziert werden, wie wir uns (nicht nur in kommunalen Einrichtungen) ernähren, ist für Klima- und Gesundheitsschutz und eine nachhaltige Lebensweise von zentraler Bedeutung und auch ein kommunales Thema. Daher unterstützen wir die Gründung eines Ernährungsrates für Bonn und die Region, der als zivilgesellschaftliches Forum institutionell für eine faire, ökologische und regionale Ernährungspolitik streiten soll. Wir werden uns für eine städtische Förderung des Ernährungsrates einsetzen, die insbesondere die Einstellung hauptamtlichen Personals ermöglicht.
- ◀ Abschaffung des Ökokontos für Ausgleichsmaßnahmen bei Bauvorhaben. Ersatzpflanzungen und Ausgleichsmaßnahmen sind vor Ort oder im Umfeld umzusetzen.
- ◀ Erhalt des Baumbestandes im Stadtgebiet als Kohlendioxidsspeicher, Sauerstoffproduzent und zur Abkühlung des städtischen Klimas durch Verdunstung. Gefällte und tote Stadtbäume müssen innerhalb eines Jahres nachgepflanzt werden.
- ◀ Frischluftschneisen, über die das Stadtgebiet mit Frischluft versorgt wird, dürfen nicht weiter zugebaut werden. Belange des Klimaschutzes müssen in allen Phasen der Bauplanung verstärkt berücksichtigt werden. Jedes größere neue Bauvorhaben muss im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Luftzirkulation in der Stadt hin untersucht und den Erfordernissen einer guten Durchlüftung des Stadtgebietes angepasst werden.

## Wiederverwendung und Abfallentsorgung

Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Konsequenz Müll zu vermeiden, zu vermindern und wiederzuverwerten, Mülltrennung an der Quelle durchzuführen und Müllvermeidung durch kommunale Gebührengestaltung zu fördern, sind wesentliche Voraussetzungen, um aus der Müllverbrennung wieder auszusteigen und umweltschonende Verfahren anzuwenden. Verpackungsfreie Geschäfte, nichtkommerzielle Tauschbörsen und Repair-Treffs geben gute Impulse und sind gute Anfänge. Statt Müllverbrennung fordert DIE LINKE. Bonn die Priorität von Abfallvermeidung und -verwertung auf kommunaler Ebene.

Wir fordern konkret:

- ◀ Es müssen weitere kommunale Wertstoffhöfe geschaffen werden, damit die Abgabe und Weiternutzung einfacher wird.
- ◀ Der Sperrmüll muss als Sammeltermin erhalten werden, um die Weiternutzung möglich zu machen.
- ◀ Die Bonner Müllverbrennungsanlage (MVA) darf nur noch Müll annehmen, der im Umkreis von maximal 100 km entstanden ist. Wir setzen uns daher für die kurzfristige Stilllegung einer der drei Linien der MVA ein.
- ◀ kein Plastikgeschirr mehr auf öffentlichen Flächen und Vermeidung von Plastik bei allen städtischen Vergäben.

## Tierschutz

DIE LINKE setzt sich im Stadtrat in besonderer Weise für den Tierschutz ein. Wir werden auch in den kommenden Jahren regelmäßigen Austausch mit Tierschützer\*innen und Tierschutzinitiativen suchen,

um ihre berechtigten Anliegen in den Stadtrat zu tragen. Um die Sensibilität für den Tierschutz zu erhöhen und politische wie auch öffentliche Kontrolle zu intensivieren, werden wir die Einführung jährlicher Tierschutzberichte des Veterinäramtes beantragen. Bonn muss in der Verwaltungspraxis streng auf die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben für Tierhaltung und Tierschutz achten.

Wir fordern konkret:

- ◀ Das Albert-Schweitzer-Tierheim muss vollumfänglich erhalten werden, ihm sind ausreichende Flächen während und nach der Sanierung und Verbreiterung des Tausendfüßlers bereitzustellen – zur Not auf Kosten der Kleingartenflächen. Bisher hat die Stadt hier kein Engagement gezeigt, obwohl der Verlust von Flächen durch Erweiterung des Tausendfüßlers seit Jahren absehbar war. Der örtliche Tierschutzverein als Träger des Tierheimes muss zudem dauerhaft auskömmlich gefördert werden.
- ◀ Mit der Verordnung zur Registrierung, Kennzeichnung und Kastration von Freigängerkatzen hat die Stadt auf unsere Initiative hin klargemacht, was mit einer verantwortlichen Haltung von Freigängerkatzen für eine Aufgabe einhergeht. DIE LINKE wird weiter auf eine konsequente Umsetzung der Verordnung drängen.
- ◀ Wildtierhaltung in Wanderzirkussen ist Tierquälerei! Seit 2011 setzen wir uns regelmäßig mit aller Kraft für ein kommunales Wildtierversbot in Zirkussen ein. Zur Not darf für den Tierschutz auch einer rechtlichen Auseinandersetzung nicht aus dem Weg gegangen werden.
- ◀ DIE LINKE setzt sich für die Einrichtung

eines Taubenhauses im Bonner Zentrum ein. Nur so kann die Population schonend reguliert werden, was zu mehr Sauberkeit und Hygiene im Stadtzentrum führt. Zugleich kann auf diese Weise die Versorgung kranker Tiere durch Tierschützer\*innen sowie die Fütterung reguliert und verbessert werden.

- ◀ keine Pferde im Rosenmontagszug. Wir wollen, dass Pferde im Rosenmontagszug nicht mehr zugelassen werden. Für die Tiere bedeutet die Teilnahme vermeidbaren Stress. Der Karneval wird so auch für Zuschauer\*innen und Teilnehmer\*innen angesichts kritischer Vorfälle in den zurückliegenden Jahren sicherer.
- ◀ Tierversuche kontrollieren: Die Stadtverwaltung übt die Aufsicht über universitäre Tierversuche aus. Diese Kontrollen müssen streng, engmaschig und möglichst häufig auch ohne Ankündigung erfolgen, damit wenigstens die Vorgaben des Tierschutzes eingehalten werden.

## 6. Stadtentwicklung

Bonn soll eine vielfältige Stadt sein, die in allen Vierteln gute Wohn- und Lebensverhältnisse bietet und in der ärmere Haushalte nicht aus der Stadt bzw. Stadtteilen herausgedrängt werden. Wir wollen keine Stadt, die in arme und reiche Quartiere aufgeteilt ist und in der das Zentrum nahezu allein der werbenden Präsentation von Waren und Dienstleistungen dient. Quantitatives Wachstum ist nicht entscheidend, sondern die Lebensqualität einer Stadt für alle Menschen. Für uns sind qualitative Kriterien der Maßstab: die soziale und kulturelle, ökologisch verträgliche Entwicklung von Bonn. Denn eine wirkliche Stadt ist keine „Marke“, kein „Standort“ und auch keine Potenzialfläche für Privatinvestoren, sondern ein sozialer und kultureller Raum, der demokratisch gestaltet werden muss und in dem Platz für unterschiedliche Lebensweisen sein soll.

Dazu gehört auch, dass Freiräume und nicht durchgeplante Bereiche existieren, die Nischen bieten und in denen sich Neues entwickeln kann. Eine Gliederung der Stadt in Viertel bzw. großflächig monokulturelle Bereiche, die nur einem funktionalen Ziel dienen (z.B. Bundesviertel, Venusberg-Kliniken, Campus Poppelsdorf), lehnen wir ab. Dort, wo sie bereits entstanden sind, sollten weitere entsprechende Ansiedlungen vermieden und konsequent für eine Nutzungsmischung gesorgt werden. Solche Bereiche bilden weder einen attraktiven Stadtraum noch sind sie unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll. Vorsicht ist geboten bei städtebaulichen Aufwertungsmaßnahmen. Die Aufwertung schlägt sich oft anschließend in höheren Immobilienpreisen nieder. Das trägt dazu bei, Menschen zu verdrängen.



gen, die sich die gestiegenen Preise nicht mehr leisten können.

In der Vergangenheit wurde die Stadtentwicklung viel zu stark von Marktkräften bestimmt, begünstigt durch den zunehmenden Rückzug der öffentlichen Hand: Verkauf von Grundstücken und Wohnungen, teilweise Reduzierung öffentlicher Angebote, Schwächung planungsrechtlicher Vorgaben für Investor\*innen, fehlendes gestaltendes Engagement mit Verweis auf die (angeblich) nicht vorhandenen finanziellen Mittel. Öffentliche Verfügbarkeit und Einflussmöglichkeiten sind jedoch die Grundbedingung für eine demokratische und soziale Stadtentwicklung. Die Privatisierung öffentlicher Räume muss gestoppt, die öffentliche Gestaltungshoheit über große Flächen (wieder-)hergestellt werden. Hierzu gehört, dass die Stadt über eine eigene Stadtentwicklungsgesellschaft und in Einzelfällen Projektgesellschaften Grundstücke erwirbt und weiterentwickelt.

Die immer wieder geforderte Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis hinsichtlich gemeinsamer Flächenentwicklungen sehen wir aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit (Versuch der Stadtwerkekooperation) eher skeptisch. Die Interessenlagen und Strukturen sind unterschiedlich, ein faires beidseitiges Profitieren mindestens sehr kompliziert. Abgesehen davon gibt es auch in Bonn viel Potenzial, ohne erhaltenswerte Grün- oder Parkflächen aufzugeben. Flächenverfügbarkeit ist keine absolute Größe, sondern auch Ergebnis (unterlassener) politischer Steuerung und mit der Verteilungsfrage verbunden: Für wen? Unsere Grundsätze sind dabei: Intelligente Umnutzung aufgegebener Liegenschaften, Rückbau von PKW-Parkplätzen und überdimensionierter Verkehrsflächen,

Aufstockung dort, wo es dem Stadtbild nicht schadet und ökologische Rahmenbedingungen gewahrt sind, vorrangige Planung mehrgeschossiger Mietwohngebäude statt Einfamilienhaussiedlungen und großer Wohnflächen für wenige.

Um die Entwicklung der Stadt und ihrer Viertel positiv zu beeinflussen, müssen alle (bau-)rechtlichen und planerischen Möglichkeiten eingesetzt werden, auch wenn dies Zeit und Aufwand erfordert. Das Interesse von Investor\*innen oder Eigentümer\*innen hat gegenüber einer qualitativen, sozialen und gestalterisch gelungenen Planung zurückzustehen. Es ist wichtig, die Bürger\*innen der Stadt über Planungen nicht nur frühzeitig, umfassend und transparent zu informieren, sondern ihnen bereits im Vorfeld Mitgestaltung und tatsächliche Mitentscheidung zu ermöglichen. Plan- und Bauvorhaben sollten aus städtebaulichen und architektonischen Wettbewerben hervorgehen, wobei stärkeres Augenmerk auf die Auslobung, die Bürovielfalt und die konkreten Bedingungen zu legen ist.

Wir fordern konkret:

- ◀ Schluss mit der Praxis von Grundstücks- und Gebäudeverkäufen zur kurzfristigen Haushaltsaufbesserung bzw. aus Kostengründen. Bei der Grundstücksvergabe ist der Verpachtung (Erbbaurechte) gegenüber einem Verkauf grundsätzlich der Vorzug zu geben.
- ◀ eine aktive städtische Bodenpolitik für den Neuerwerb und intelligente Nachnutzung von Flächen über eine zu gründende Stadtentwicklungsgesellschaft oder ggf. städtisch geführte Projektgesellschaften. Sozialer und öffentlicher Wohnungsbau soll in allen



Stadtvierteln erfolgen. Wir unterstützen die Ausweisung von Entwicklungsgebieten zur Förderung des Wohnungsbaus, beispielsweise auf dem Gelände des Kurfürstenkarrees.

- ◀ den kommunalen Ankauf der Gelände von Landes- oder Bundesliegenschaften, z.B. im Fall des Landesbehördenhauses, der Ermekeilkaserne usw. Auf diesen Grundstücken soll vorwiegend mehrgenerationengerechter sozialer Wohnungsbau verwirklicht werden; ergänzend sind öffentliche Angebote wünschenswert.
- ◀ keine weitere aktive Ansiedlung von Hotels oder sog. Boardinghäusern, sondern Nutzung der Flächen für Mietwohnungsbau.
- ◀ Den „Rahmenplan Bundesviertel“ lehnen wir in seiner jetzigen Konzeption ab, da er weiterhin zu stark auf das Wachstum von Büroflächen setzt, zu viele Hochhäuser bei deutlich zu wenigem Wohnraum vorsieht und ein tragendes, tatsächlich umgesetztes Verkehrskonzept derzeit nicht zu erkennen ist. Fragwürdig erscheint auch, ob die öffentlichen Plätze und Aufenthaltsflächen qualitativ ausreichend bestimmt sind.
- ◀ Bislang eher nachlässig behandelte und ärmere Stadtviertel müssen stärker gefördert werden, gerade auch in ihrer öffentlichen Infrastruktur. Wir unterstützen die Fortsetzung des Projekts „Soziale Stadt Tannenbusch“, allerdings dürfen nicht nur die baulichen Veränderungen im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus müssen hier städtische Vorkaufsrechte genutzt werden, um eine langfristige Entwicklung möglich zu machen und um mit öffentlichen Geldern nicht nur kurzfristig orientierten Immobilien-eigentümer\*innen eine vorübergehende Wertsteigerung zu bieten.
- ◀ Ein sozial orientiertes Quartiersmanagement muss die einzelnen Stadtbezirke und Viertel in den Fokus nehmen. Städtische Aufgabe ist es insbesondere, dezentrale Begegnungsstätten, Bürger\*innenzentren und Jugendtreffs einzurichten und zu fördern, damit zivilgesellschaftliches Leben in den Bezirken und Vierteln gestärkt wird.
- ◀ Im Sinne einer integrativen Gebietsentwicklung und inklusiv ausgerichteten Stadtteilentwicklung ist der Behebung infrastruktureller Defizite, der Ausgestaltung der Kultur- und Jugendarbeit und gesundheitsbezogenen Maßnahmen für alle Generationen im Stadtteil ein hoher Stellenwert beizumessen.
- ◀ Bei allen stadtteilorientierten Planungen und Aktivitäten sind echte Partizipationsmöglichkeiten der Bürger\*innen zu gewährleisten.
- ◀ Um Grün- und Freiflächen zu schonen, sollte bauliche Nachverdichtung in erster Linie als Höhenentwicklung, also mit mehr Geschossen, erfolgen. Unabhängig davon ist bei Bauvorhaben grundsätzlich im Einzelfall anhand der Kriterien der verbleibenden Umgebungsqualität, des betroffenen Baum- und Grünflächenbestands oder der Rücksichtnahme auf historische Gebäudestrukturen zu entscheiden.
- ◀ Der Denkmalschutz ist umfassend zu beachten und auch denkmalwerte Gebäude der 1960er bis 1980er Jahre sind verstärkt unter Schutz zu stellen. Auch unabhängig vom Denkmalschutz ist bei Um- und Neubauten insbesondere in den gewachsenen Ortszentren und Siedlungen das Gestaltungsbild zu berücksichtigen.

sichtigen. Die Sanierung von Gebäuden soll grundsätzlich Vorrang vor dem Abriss und Neubau haben.

### **Eine Innenstadt nicht nur zum Shoppen**

Attraktiv ist eine Innenstadt, in der Menschen tatsächlich wohnen, leben, sich gerne aufhalten, beobachten, begegnen und Unterschiede existieren. Das setzt voraus, dass die noch bestehenden Wohnungen erhalten und zusätzliche geschaffen, öffentliche Angebote nicht aus der Innenstadt herausgedrängt werden und Aufenthaltsräume bestehen, die nicht zum Kauf zwingen. Für uns steht deshalb nicht die Ansiedlung neuer Geschäfte oder die Ausweitung der Einzelhandelsflächen im Mittelpunkt, sondern der Bestand und die Ausweitung des sozialen und kulturellen Angebots, die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die Vielfalt innerstädtischer Nutzungen – auch für unterschiedliche soziokulturelle Interessen. Hierfür ist öffentliches Eigentum an Flächen und Gebäuden gerade in der Innenstadt Grundvoraussetzung.

Die soziale Verantwortung endet nicht an unseren Stadt- oder Bundesgrenzen. Unser Lebensstil hat Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen auf der ganzen Welt. Bonn trägt seit 2010 den Titel „Fair Trade Town“ – dieser beinhaltet einen Ratsbeschluss, die Bildung einer Steuerungsgruppe, die Verwendung von Fairtrade-Produkten in öffentlichen Einrichtungen, die Durchführung von Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ und die Unterrichtung der örtlichen Medien über alle Aktivitäten.

Die Stadt Bonn sollte sich nicht auf den Vorgaben des Siegels ausruhen. Wir unter-

stützen die Forderungen der Steuerungsgruppe „Fair Trade Town“, ehrgeiziger zu planen, die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und das Thema „Fairer Handel“ prominent bei entsprechenden Entscheidungen zur Stadtentwicklung mit einzubeziehen. Unsere Innenstadt soll nicht von großen Konsumtempeln dominiert werden. Dass Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie fair gehandelte Produkte anbieten, sollte stärker gefördert und eingefordert werden.

Internationale Solidarität und die Wahrung der Menschenrechte müssen auch auf kommunaler Ebene eine Rolle spielen. Hier muss die Stadt eine Vorreiterposition einnehmen.

Wir fordern konkret:

- ◀ Innerstädtischer Wohnraum muss geschützt und erhalten, Etagenleerstand verhindert und neue, preisgünstigere Wohnungen statt Einzelhandelsflächen müssen geschaffen werden.
- ◀ Zu einer Steigerung der Aufenthaltsqualität der Innenstadt gehört z.B. auch die Bereitstellung von deutlich mehr Sitzgelegenheiten, die Einrichtung öffentlicher kostenfreier Toiletten und Wickelräume.
- ◀ Nicht nur vor dem Bahnhof muss Platz für den ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger\*innen sein, der Autoverkehr soll entscheidend reduziert bzw. unterbunden werden. Wir treten deshalb für die Sperrung des „City-Rings“, der Südunterführung und des Rheinufers für den motorisierten Individualverkehr ein. Oberirdische Parkplätze sollen schrittweise abgeschafft werden.
- ◀ Die Neugestaltung vor dem Bahnhof durch die Bebauung auf dem Süd- und Nordfeld haben wir abgelehnt – und

fühlen uns durch das Ergebnis bestätigt: architektonisch anspruchslos, zu groß und viel zu dicht, nahezu kein Nutzungsmix und ein viel zu großes Parkhaus. Umso wichtiger ist für uns, dass der geplante Verkauf des Hansaecks durch die Sparkasse nun nicht auch noch zu einem solchen Ergebnis führt. Hier soll die Stadt durch Vorkaufsrecht und Ankauf dafür sorgen, dass vorrangig Wohnungen entstehen.

- ◀ Das Viktoriakarree soll als Quartier für öffentliche Nutzungen, Gastronomie, kleinteiligen Einzelhandel und günstigeren Wohnraum erhalten bleiben. Eine Shopping-Mall oder große Einzelhandelsflächen dürfen dort nicht entstehen.
- ◀ Das Stadthaus soll saniert und als innenstadtnahes Verwaltungsangebot erhalten werden. Durch den Rückbau der Parkflächen und Nutzung von Freiflächen kann eine Straßenrandbebauung entlang der Maxstraße/Weiherstraße entstehen, sofern der Platz an der Straßenecke erhalten und auch sozialer Wohnraum geschaffen wird.
- ◀ Für zivilgesellschaftliche Gruppen, Bewegungen und Initiativen muss es gut erreichbare Räume geben, die unbürokratisch von der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

## 7. Kommunale Demokratie

Mit der Kommunalwahl 2020 werden für Bonn auch die demokratischen Weichen für das kommende Jahrzehnt gestellt. DIE LINKE. Bonn kämpft für eine Stadt, die den Willen ihrer Einwohner\*innen ernst nimmt und Ergebnisse basisdemokratischer Entscheidungsprozesse in politisches Handeln umsetzt.

Jeweils rund 100.000 Wahlberechtigte beteiligten sich bei den Bonner Bürgerentscheiden 2017 und 2018. Wir befürworten die Befragung der Bürger\*innen; allerdings nicht erst dann, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Wie Bürger\*innenbeteiligung nicht geht, haben Oberbürgermeister und schwarz-grün-gelbe Koalition 2018 gezeigt. Die Stadt wollte ihr Zentralbad durchdrücken und konnte nur durch einen Bürgerentscheid gestoppt werden. Bürgerentscheide sind ein wichtiges Instrument, um Gegenwehr aufzubauen und für die eigene Position zu werben.

2019 wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren zur Bonner Bäderlandschaft erprobt und abgehalten. Erneut sollten Bürger\*innen eigentlich lediglich das Bäderchaos des Oberbürgermeisters und seiner Jamaika-Koalition ausbaden. In ihren mehrheitlichen Empfehlungen sprachen sie sich jedoch zum Ärger der Koalition für eine dezentrale Bäderlandschaft aus. Grundsätzlich gilt: Wenn Bürger\*innenbeteiligung erst dann und auf eine Weise erfolgt, dass wesentliche Rahmenbedingungen und Inhalte nicht zu beeinflussen sind, verkommt sie zu einer Alibiveranstaltung. Wir wollen zu wichtigen Fragen der Stadtentwicklung proaktiv Ratsbürgerentscheide initiieren. Die Bürger\*innen sollen nicht erst

gefragt sein, wenn Fehlentscheidungen des Rates zu korrigieren sind.

Wir fordern konkret:

- ◀ Bei wichtigen Vorhaben, die Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet haben und viele Bürger\*innen betreffen, muss es einen Ratsbürgerentscheid geben.
- ◀ Die Bonner\*innen sollen Schwerpunkte beim städtischen Haushalt setzen. Die Verwaltung muss den Prozess transparent umsetzen und die Stadt über das Verfahren öffentlich Rechenschaft ablegen.
- ◀ Die Leitlinien für Bürgerbeteiligungsverfahren in Bonn sollen weiterentwickelt werden, so dass sie zu verbindlichen Entscheidungen der Bonner\*innen führen.
- ◀ Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen zeitgleich mit anderen Wahlterminen abgehalten werden, um so eine hohe Beteiligung zu erzielen.
- ◀ Bei Bürgerentscheiden sollen Wahllokale zur Abstimmung eingerichtet und das Abstimmungsheft allen Bürger\*innen zugesandt werden.
- ◀ Einwohnerfragestunden im Rat, den Ausschüssen und den Bezirksvertretungen einführen. Bonner\*innen sollen sich so direkt in die Sitzungen einbringen können.
- ◀ Stadtteilversammlungen zur Identifizierung beteiligungsrelevanter Vorhaben.
- ◀ Alle zukünftigen Beteiligungsverfahren sollen ab 14 Jahren zugänglich sein.
- ◀ Kompetenzen der Bezirksvertretungen stärken und diese mit höheren finanziellen Freiverfügungsmitteln ausstatten.

## 8. Geschlechtergerechtigkeit

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Bonn sind Frauen. Dies spiegelt sich jedoch nicht in ihrem Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wider. Im Bonner Stadtrat sind nur rund ein Drittel der Stadtverordneten weiblich. Frauen und deren Belange werden überwiegend von Männern vertreten; politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen werden nur mangelhaft umgesetzt. Auch in Bonn haben wir eine vollständige Geschlechterdemokratie, also die gerechte Teilhabe an Arbeits- und Lebensbedingungen, bislang nicht erreicht. Ökonomische Unabhängigkeit und eine gerechte Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern sind Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Alle an der politischen Gestaltung beteiligten Akteur\*innen sollen grundsätzlich den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, zwischen Mädchen und Jungen sowie der Vielfalt aller weiteren Geschlechter einnehmen. Bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern müssen endlich abgebaut und neue Ungleichheiten verhindert werden.

Spezielle Frauenfördermaßnahmen sind dringend notwendig. Frauen sind überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit sowie von ungerechter Bezahlung und Bewertung ihrer Arbeit betroffen. Neben der Erwerbsarbeit wird die reproduktive Arbeit im Haushalt zudem überwiegend von Frauen übernommen, ohne dass sie

die dafür notwendige Anerkennung erhalten. Zu den erforderlichen Fördermaßnahmen gehören u.a. spezifische integrative Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen unter besonderer Berücksichtigung ihrer jeweiligen Lebensabschnitte und -bedingungen, konkrete Qualifizierungsmaßnahmen für un- und angelernte Frauen sowie die Vergabe der Hälfte aller Ausbildungsplätze an Bewerberinnen.

Gewalt an Frauen und Mädchen ist immer noch ein alltägliches Problem, insbesondere die häusliche Gewalt. Beratungsstellen und Frauenzentren sowie Frauenhäuser sind häufig zu großen Teilen ehrenamtlich getragen und müssen in ihrem Fortbestand gesichert werden. Wir setzen uns für ihre bessere Förderung ein. Geflüchtete Frauen benötigen u.a. aufgrund ihrer Traumatisierung besondere Unterstützung. Veranstaltungen in angstfreien Räumen zur Begegnung und zum gegenseitigen Austausch sollen von der Stadt bereitgestellt und verstärkt gefördert werden.

Wir fordern konkret:

- ◀ eine höhere Teilhabe von Frauen in der Bonner Kommunalpolitik.
- ◀ den Ausbau von Frauenförderungsprogrammen.
- ◀ ausreichende Finanzierung der bestehenden Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und sonstigen Fraueninitiativen (z.B. des interkulturellen Mädchentreffs Azade, des Mädchenhauses, TuBF e.V., Frauen helfen Frauen e.V., des autonomen Frauenhauses) sowie den Ausbau der Frauenhausplätze (Erweiterung oder zusätzliches Frauenhaus).
- ◀ Die spezifischen Bonner Einrichtungen mit Bezug zur feministischen Bewegung (u.a. Frauenmuseum, Haus der Frauen-

geschichte, die Alte VHS) sollte die Stadt auch zukünftig angemessen fördern bzw. unterstützen.

- ◀ die kommunale Bereitstellung und Förderung von Hilfsprogrammen für traumatisierte Frauen.
- ◀ die Berücksichtigung der bislang völlig unterrepräsentierten historischen und gesellschaftlichen Rolle von Frauen im Stadtbild bei der Benennung von Straßen und Plätzen.

Viele dieser Forderungen helfen nicht nur Frauen, sondern auch Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam angegriffen werden. Wir kämpfen für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in unserer Gesellschaft. Unser Ziel ist die Überwindung einer heteronormativen Gesellschaft: die Aufhebung des Gegensatzes von „normal“ und „anders“. DIE LINKE. Bonn steht für eine emanzipatorische Politik, die alle Lebensweisen unterstützt und für ihre Gleichberechtigung kämpft.

Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt sind immer noch bittere Realität für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ\*). Immer noch können viele Menschen in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Der Kampf gegen Trans- und Homophobie muss nicht nur gesellschaftlich erfolgen, sondern auch institutionell gefördert werden!

Die Bonner Aids-Hilfe und das daran angegliederte Jugendzentrum GAP ermög-

lichen queeren, bisexuellen und trans\* Jugendlichen die Erfahrung von Solidarität und Selbstbestimmung in diskriminierungsfreien Räumen in Bonn. Ihre Arbeit wird bisher zu Teilen ehrenamtlich realisiert und muss endlich eine stärkere finanzielle und vor allem gesicherte Förderung seitens der Stadt erhalten.

Wir fordern konkret:

- ◀ Akzeptanz unterschiedlicher Beziehungs- und Familienmodelle.
- ◀ Ausfinanzierung der Arbeit des GAP, der Aids-Hilfe und Aids-Initiative sowie anderer queerer Orte der Unterstützung und Begegnung.
- ◀ stärkere Förderung von bildungsorientierten Projekten zur Aufklärung wie z.B. SCHLAU Bonn.
- ◀ Schaffung von Angeboten speziell für queere Geflüchtete.

## 9. Arbeit und Wirtschaft

Bonn ist eine Stadt mit dynamischer Wirtschaftsentwicklung. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch hier prekäre Beschäftigung ausgeweitet wurde. Auch in Bonn werden so viele Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt, finden viele keine Arbeit zu würdigen Bedingungen. Die Stadt muss dem entgegenwirken. Dies beginnt mit der eigenen Personalpolitik und mit zusätzlicher Ausbildung bei Übernahmegarantien. Prekäre Beschäftigung für die Stadt darf es nicht mehr geben. Insbesondere Leih- und Zeitarbeit für die Kommune müssen konsequent zurückgefahren werden. Dies gilt auch für ungesicherte Werkverträge. Tariftreue, Mindestlöhne und soziale Mindeststandards sollen zwingende Voraussetzung für die Vergabe städtischer Aufträge sein.

### Gute Arbeit für alle

Die Arbeitsverhältnisse bestimmen für die meisten Menschen nicht nur die existenziellen Grundlagen ihres Lebens, sondern auch viele weitere Bereiche ihres persönlichen und sozialen Umfelds: den Freundeskreis, Anregungen zur Weiterbildung und kulturelle Interessen im positiven Sinn, aber auch den Umgang mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Verschleiß, psychische Belastungen und zwischenmenschliche Konflikte im negativen Sinn. Fehlende Arbeit oder Arbeit im Niedriglohnsegment bedeutet materielle Einschränkung bis hin zur Notlage. Sie ist eine der Hauptgründe für Armut in einer reichen Gesellschaft.

DIE LINKE setzt sich auf allen politischen Ebenen für einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro pro Stunde ein. Zwar hat die Stadt Bonn nicht die Kompetenz, Mindestlöhne vorzugeben, aber als große Arbeit-

geberin vor Ort hat sie eine Vorbildfunktion. Die Stadt muss sich sowohl ihren eigenen Beschäftigten gegenüber als auch bei der Auftragsvergabe an externe Firmen beispielhaft verhalten.

Für diejenigen, die aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt „herausgefallen“ sind, braucht es zukünftig eine engagierte kommunale Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Hierbei ist unsere Vorstellung der Wiedereinstieg in „gute Arbeit“. Das heißt: sinnvolle und menschengerechte Arbeit, von der man leben kann – unbefristet, in Vollzeit oder bei Bedarf im vollzeitnahen Bereich. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur z.B. im Bereich des Jobcenters soll kooperativ verlaufen.

Konkret hat die Stadt auch durch die Privatisierung der Gebäudereinigung und in der Folge völlig unrealistische Leistungsvorgaben unzumutbare Dumpinglöhne aktiv mitbefördert. Wir wollen diese Abwärtsspirale beenden: kurzfristig durch angemessene Leistungsvorgaben und perspektivisch durch die vollständige Rekommunalisierung der Gebäudereinigung muss gute Arbeit wieder zum Standard der Stadt Bonn in diesem Bereich werden. Unter Sparmaßnahmen leiden nicht nur Beschäftigte, sondern auch die Qualität der Reinigung der Schulen und Verwaltungsgebäude.

## **Wirtschaft**

Linke Wirtschaftspolitik geht davon aus, dass es nicht selbstverständlich ist, dass „die Wirtschaft“ allen nützt. Gerade die vergangenen 25 Jahre haben gezeigt, dass ein allgemeiner Zuwachs an Wohlstand durch wirtschaftsliberale Politik zu stagnierenden oder sogar zu relativ gesehen sinkenden Einkommen bei weniger wohlhabenden Haushalten führen kann. DIE LINKE setzt

sich hingegen dafür ein, dass Wirtschaften am Gemeinwohl zu orientieren ist.

Das Setzen auf Vielfalt und nicht auf eindimensionales Denken ist der Garant für einen erfolgreichen Strukturwandel in Bonn. Auch die kulturelle Vielfalt trägt zur hohen Lebensqualität und damit maßgeblich zur Attraktivität der Stadt bei. Dies gilt es ebenso zu erhalten und fortzuentwickeln wie Bonn als internationale Stadt des Klimaschutzes sowie der Entwicklungs- und internationalen Zusammenarbeit. So können auch zukünftig international ausgerichtete Initiativen und Verbände an Bonn gebunden oder neu angesiedelt werden. Zur Stärkung dieser Strukturen und der Bonner Wirtschaft kann auch ein attraktives Tourismus- und Kongresswesen beitragen. Die städtische Tourismus & Congress GmbH genügt dabei im Hinblick auf transparente Strukturen und die eigene Leistungsbilanz unseren Ansprüchen nicht. Wir treten für eine Zurückführung der städtischen Förderung dort und eine organisatorische Neuaufstellung ein.

Das Bonn-Berlin-Gesetz hat nicht verhindert, dass der überwiegende Teil der ministeriellen Arbeitsplätze mittlerweile in Berlin angesiedelt ist. Wir setzen uns für eine neue vertragliche und dann auch verbindliche Regelung ein, die Bonns Status als Sitz von Bundesministerien und Bundesbehörden sichern soll. Insbesondere denken wir hier an diejenigen Ministerien und Behörden, die zum Profil einer nachhaltigen, klimagerechten und bildungsorientierten Stadt passen.

Im Bereich der Wirtschaft bedarf es auch in Bonn einer Politik, die an entscheidenden Stellen eingreift. Damit ist eine Regulierung gemeint, die vor allem Arbeiter\*innen und



Angestellte schützt. Nicht eine marktkonforme Demokratie, sondern demokratiekonforme Märkte sind unser Ziel!

## 10. Flucht und Migration

Die Bonner LINKE streitet für eine gerechte, lebenswerte und vorurteilsfreie Kommune, in der Menschen gleich welcher Herkunft miteinander leben und sich gegenseitig unterstützen und bereichern können. Wir setzen uns dafür ein, dass in Bonn Plattformen für einen regen interkulturellen Austausch geschaffen werden, die der Anerkennung von kultureller Vielfalt dienen.

### **Aufnahme von Flüchtlingen**

Flucht ist ein Menschenrecht, das nicht dadurch relativiert werden darf, dass die jeweiligen Fluchtursachen Begründung für die verweigerte Aufnahme, geringeren Schutz oder einen unsicheren Status werden. DIE LINKE setzt sich für eine schnelle Aufnahme von Geflüchteten und für die Abschaffung der Einschränkungen bei der Binnenreise innerhalb der Europäischen Union zugunsten einer raschen und solidarischen Verteilung innerhalb der Mitgliedsstaaten ein.

Die Verteilung Geflüchteter nach Steuerkommen und Bevölkerungszahl, wie im Königsteiner Schlüssel vorgesehen, entspricht weder den Bedürfnissen von Geflüchteten noch den Möglichkeiten einzelner Kommunen. Bonn ist auf Antrag von LINKEN und SPD 2019 dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beigetreten. Die Bereitschaft, zusätzlich aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen, muss nun auch tatsächlich Folgen haben. Die Stadt soll sich aktiv bei Land und Bund dafür einsetzen, dass Bonn tatsächlich weitere Geflüchtete aufnehmen kann.

Nachbarschaftliches Wohnen baut Barrieren und Ängste ab, dient dem Spracherwerb, dem aktiven kulturellen Austausch



und beugt sozialer Ausgrenzung vor. Bei der Schaffung von Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete und in der Stadtplanung ist hierauf besonders zu achten. Die Arbeitserlaubnis soll unabhängig vom Aufenthaltsstatus erteilt werden. Alle Menschen sollen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erhalten, um Lohndumping und andere Formen der Ausbeutung zu verhindern. Sprache ist die Grundvoraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir setzen uns für den Zugang Geflüchteter zu Sprach- und Alphabetisierungskursen ein – uneingeschränkt durch den individuellen Aufenthaltsstatus. Bonn soll diese Anliegen durch die Förderung von Ausbildungsträgern unterstützen, die vom Jobcenter unabhängig sind.

Ohne Prophylaxe und Krankenversorgung kann das Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht garantiert werden. Auf unseren Antrag hin wurde Geflüchteten in Bonn eine Krankenkassenkarte ausgegeben, mit der der Gang zur Ärztin/zum Arzt leichter ist. Allerdings haben viele Menschen nach wie vor keinen oder keinen vollständigen Zugang zum Gesundheitssystem. Dies sind nicht nur Menschen ohne Papiere, sondern auch EU-Bürger\*innen ohne Arbeit, obdachlose Menschen oder Menschen, die ihren privaten Krankenversicherungsschutz verloren haben. Mit der geschützten Vermittlung von Krankenscheinen könnten diese Patient\*innen eine Behandlung ihrer Wahl in Anspruch nehmen.

Wir fordern konkret:

- ◀ Unterbringung Geflüchteter in Not- und Massenunterkünften nur in Ausnahmefällen und auf maximal sechs Wochen befristet.
- ◀ mindestens eine Verdopplung des Betreuungsschlüssels durch städtisches

Personal (Sozialarbeiter\*innen etc.) für Geflüchtete.

- ◀ Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus für menschenwürdige Unterkünfte gleichermaßen für Geflüchtete wie für eingessene Bonner\*innen.
- ◀ die Einrichtung eines „anonymen Krankenscheins“ für alle Menschen in Bonn, denen der reguläre Zugang zum Gesundheitssystem verwehrt ist.
- ◀ Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen im Rahmen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“.
- ◀ Aufnahme von Flüchtlingen, die in überfüllten Lagern an den Außengrenzen der Europäischen Union festgehalten werden.

# 11. Bildung

Gute Bildung ist die Voraussetzung für soziale und politische Teilhabe. Die wichtigste Aufgabe der Bildungspolitik ist daher, die schulische Inklusion und Integration zu fördern. Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung als Menschenrecht ist ein Grundanliegen der LINKEN. Keinesfalls darf Bildung als Nebenprodukt von Wirtschaftspolitik betrachtet werden.

## Vorschulische Bildung – Kita

Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für unter und über Dreijährige muss mit einem Kita-Ausbau (Kindertagesstätte) einhergehen, der auch eine wohnortnahe Platzwahl in der gewünschten Betreuungsform sicherstellt. Zugleich muss die Qualität der Betreuung verbessert und bei Bedarf auch mehr städtisches Personal eingestellt werden.

Wir fordern einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel. Zudem muss eine ausreichende Personalreserve für Krankheit, Urlaub oder Fortbildungszeiten vorhanden sein. Integrative Arbeit in Kitas erfordert zusätzliches therapeutisches Personal, wobei sich der Betreuungsschlüssel nach den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Kinder richten muss. Durch den zusätzlichen Einsatz von entsprechend qualifiziertem Personal in Kitas und Kindergärten kann auch zur Verbesserung der Sprachkompetenzen der Kinder, zum Beispiel beim Spielen, beigetragen werden. Wir brauchen für alle Kitas Hauswirtschaftskräfte, damit die Erzieher\*innen ihrer eigentlichen Arbeit nachgehen können.

Um allen Kindern gleiche Bildungschancen zu eröffnen, muss das Angebot vorschulischer Sprachförderung erweitert werden.

Dabei müssen die Hilfsangebote deutlich früher als im vierten Lebensjahr beginnen. DIE LINKE. Bonn wird sich aktiv für die Fortsetzung und flächendeckende Durchführung von fortschrittlichen Sprachförderprogrammen – auch unter Einbeziehung der Eltern (wie es z.B. der Känguru-Verein für frühkindliche Bildung e. V. für Kinder mit Migrationshintergrund konzipiert hat) – einsetzen.

Wir fordern konkret:

- ◀ den schnellen Bau neuer Kindertagesstätten.
- ◀ den schrittweisen vollständigen Abbau der Gebühren für Kindertageseinrichtungen und die OGS (Offene Ganztagschule). Als eine erste Maßnahme müssen Eltern mit niedrigerem oder mittlerem Einkommen entlastet werden.
- ◀ mehr Ganztagsplätze für alle Kinder, deren Eltern dies wünschen.
- ◀ einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel (bei 2- bis 6-Jährigen max. 15 Kinder für drei Vollzeitkräfte, bei Kindern unter drei Jahren max. 10 Kinder; bei Gruppen mit 3- bis 6-jährigen Kindern max. 20 Kinder für drei Vollzeitkräfte).
- ◀ mehr Personal an Bonner Kitas sowie ausreichende Personalreserven für krankheits- und urlaubsbedingte Ausfälle.
- ◀ hundertprozentige Kostenübernahme bei Kitas kirchlicher Träger nur bei städtischem Bestimmungsrecht bei der Aufnahme.

## Grundschule

Die Grundschule hat eine Schlüsselfunktion, nicht nur da sie die Aufgabe hat, allen Kindern mit verschiedensten Hintergründen

aus Kita oder Elternhaus erste Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, sondern weil sie auch auf die Bildungsbiografie an weiterführenden Schulen vorbereitet. Stärken und Schwächen müssen hier individuell erkannt und angegangen werden. Damit das gelingt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen: Klassengrößen müssen sinnvoll begrenzt, Kapazitäten rechtzeitig und wohnortnah entwickelt und sozialräumliche Effekte bedacht werden. In Stadtteilen, in denen vermehrt Sprachdefizite in der Grundschule beobachtet werden oder Armut stärker verbreitet ist, dürfen maximal 25 Kinder pro Klasse im Einklang mit den Ausführungsbestimmungen des Schulgesetzes unterrichtet werden.

Der Erhalt der Lernmittelfreiheit sowie ein kostenloses und gesundes Mittagessen für Kinder aus bedürftigen Familien ist für uns eine Selbstverständlichkeit und muss auch dann mit kommunalen Mitteln dauerhaft gesichert werden, wenn die Landesmittel hierfür nicht zur Verfügung stehen sollten. Auch an allen weiterführenden Schulen muss das Angebot eines gesunden, qualitativ guten Mittagessens als Teil der öffentlichen Aufgabe verstanden werden. Kinder aus Bedarfsgemeinschaften müssen in Form einer Erstausrüstung kostenlos mit Schulmitteln wie Schulranzen, Stiften, Malkasten, Büchern usw. versorgt werden.

Die Schulsozialarbeit muss als ständiges Instrument auch mit kommunalen Mitteln dauerhaft erhalten und ausgeweitet werden. Die Kapazitäten der Offenen Ganztagschulen (OGS) sind in Bonn nach wie vor nicht ausreichend und können mit dem steigenden Bedarf nicht Schritt halten.

Wir fordern konkret:

- ◀ das Recht auf einen OGS-Platz, der

auch qualitativen Mindeststandards genügen muss sowie den bedarfsgerechten Ausbau der OGS-Angebote im offenen Ganztag.

- ◀ pädagogische Betreuung von Fachkräften. Förderpauschalen müssen so angepasst werden, dass den Trägern auch die Einstellung entsprechender Fachkräfte ermöglicht wird. Das schließt die regelmäßige Anpassung an Tariflohnveränderungen ein, wie es sonst auch im Bereich der Kernverwaltung selbstverständlich ist.
- ◀ mehr gebührenfreie städtische Grundschulen im gebundenen Ganztag, die einen anderen Lernalltag anbieten könnten. Denn die OGS hat aufgrund der zwei verschiedenen Träger und dem damit verbundenen doppelten Gebührenaufwand (Stadt und Jugendhilfeträger) auch Schwächen.
- ◀ Engagement der Stadt auch als Trägerin von Offenen Ganztagschulen.

## Weiterführende Schule

Das deutsche Bildungswesen ist hochgradig selektiv. Die soziale Herkunft eines Kindes entscheidet in hohem Maße über seine Zukunftschancen. Ungerecht ist die Selektionspraxis, weil die Chance eines Kindes aus einem Elternhaus mit höherem Bildungsabschluss, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, höher ist als die eines Arbeiter\*innenkindes mit gleicher Leistung. Zusätzlich trägt die frühe Selektion bereits zur Spaltung der Gesellschaft bei, indem Kinder aus sozioökonomisch besser gestellten Elternhäusern vorwiegend unter sich bleiben und mit den „unteren“ Schichten der Bevölkerung kaum mehr Umgang haben. Diese unfaire Selektion wird mit einer Leistungsideologie

verschleiert, die den Tatsachen in keiner Weise entspricht.

DIE LINKE fordert langfristig eine Schule für alle. Damit soll nicht nur die sozial ungerechte Selektion verhindert, sondern auch ein Beitrag zum sozialen Zusammenhalt geleistet werden. Eine Binnendifferenzierung bietet allen Kindern und Jugendlichen gemäß ihren Neigungen und ihren Lerngeschwindigkeiten eine individuelle Förderung, die sie benötigen, um ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Hierbei geht es um unterschiedliche Begabungen, Lernbedürfnisse und Interessen der Schüler\*innen, die zu berücksichtigen sind.

Bonner Schulen brauchen mehr Geld. Bildung hat einen Eigenwert und ist kein Kostenfaktor. Wie viel Gewicht Bildung von der Politik eingeräumt wird, ist an den beklagenswerten Zuständen an den Bonner Schulen mit dem bloßen Auge ablesbar. Es ist die Aufgabe der Stadt, allen Kindern und Jugendlichen ein angemessenes Lernumfeld zu garantieren. Es darf nicht sein, dass Schulen aus Geldmangel gezwungen sind, auf Minijobber\*innen, Ehrenamtliche und prekär Beschäftigte zurückzugreifen, um garantierte Schulzeiten und ausreichende Betreuung zu realisieren.

Wir fordern konkret:

- ◀ eine Bildungspolitik, die das Bildungssystem nach den Neigungen und Fähigkeiten der Schüler\*innen organisiert und nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und Mustern entscheidet.
- ◀ einen Schulentwicklungsplan, der eine „Schule für alle“ umsetzt. Diese muss außerdem in enger Abstimmung mit den umliegenden Gemeinden und dem Rhein-Sieg-Kreis erfolgen. Wenn neue Wohnviertel geplant werden, ist auch

das Angebot an weiterführenden Schulen zu berücksichtigen, hier sollten z.B. auch Oberstufenzentren mit eingeplant werden, etwa im Bundesviertel.

- ◀ den Ausbau der Gesamtschulplätze, insbesondere im Bonner Westen; zugleich sollen nicht nur Hauptschulen, sondern auch Gymnasien und Realschulen in Gesamtschulen umgewandelt werden.
- ◀ ein kostenfreies Mittagessen in den Schulmensen.
- ◀ die Fortentwicklung der Freizeiträume und Mensen an Bonner Ganztagschulen.
- ◀ eine bedarfsgerechte Ausstattung an Bonner Schulen sowie eine kindgerechte Ausstattung der Schulhöfe, die ein reichhaltiges Angebot an Freizeit- und Spielmöglichkeiten bieten sollen.
- ◀ mehr Stellen für Sozialpädagog\*innen, um mehr Kompetenzen durch Fachpersonal aus Bereichen wie z.B. der psychologischen Logopädie und Lerntherapie zu ermöglichen und das Lehrpersonal zu entlasten sowie die pädagogische Kompetenz an den Schulen insgesamt zu verbessern.
- ◀ eine bessere Instandhaltung der sanitären Anlagen und einen dauerhaften Sanierungsplan, der für eine nachhaltige Verbesserung der Zustände sorgt.
- ◀ begleitende, zusätzliche Unterstützung in der Ausbildung zur Sicherung des Ausbildungserfolges und zielgruppenspezifische und differenzierte Maßnahmen zur Nachqualifizierung für Jugendliche mit Migrationshintergrund.
- ◀ Sensibilisierung der Ausbildungsbetriebe für die Stärken und Kompetenzen zugewanderter Jugendlicher, insbesondere im interkulturellen Bereich.

- ◀ längerfristige, solide finanzierte Förder- und Gestaltungsprojekte in verlässlicher Kontinuität, die sich die Verbesserung der Lebenslage von Jugendlichen in den Stadtteilen und ihrer beruflichen Qualifizierung zum Ziel setzen. Insbesondere öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze finden unsere Unterstützung (z.B. Ausbildung statt Abschiebung e.V.).
- ◀ eine deutlich verbesserte Förderung von Deutsch als Fremdsprache an Schulen, die dies benötigen oder anbieten wollen.
- ◀ mehr inklusive sexuelle und gendergerechte Aufklärung an den Schulen, um die Diversität der Lebensstile frühzeitig zu vermitteln und Akzeptanz zu fördern. Dazu gehört auch, die Gendersensibilität der Lehrer\*innen zu schulen.
- ◀ günstigen Wohnraum für Studierende in Hochschulnähe. Das führt ebenfalls zu einer Entlastung des ÖPNV und des Straßenverkehrs.
- ◀ mehr Betreuung von Kindern. Damit Studierende und Angestellte mit Kindern bessere Chancen erhalten, muss es mehr Betreuungsmöglichkeiten geben. Dafür brauchen wir deutlich mehr Plätze in Ganztags-Kitas und Krippen.
- ◀ mehr Transparenz bei der Vergabe von Drittmitteln sowie ein Verbot von Rüstungsforschung an unseren Hochschulen.
- ◀ gute Beschäftigungsverhältnisse und gerechte Bezahlung für Wissenschaftler\*innen, Mitarbeiter\*innen und Hilfskräfte. Diese Position muss auch die Stadt Bonn als Partnerin der Universität einnehmen.

## **Hochschule**

Über 41.000 Menschen, oder knapp 12 Prozent der Einwohner\*innen, studierten oder promovierten 2019 an der Universität Bonn. Der gestiegenen Studierendenzahl steht in der Realität aber eine veraltete Infrastruktur mit viel zu geringen Kapazitäten, Sachmängeln und fehlendem Personal gegenüber. Deswegen muss auf kommunaler Ebene jede mögliche Verbesserung für die Hochschulen unterstützt und auf Landesebene mit der ganzen Stadt für weitere Verbesserungen eingetreten werden.

Wir fordern konkret:

- ◀ Bildung für alle, nicht nur für Eliten. In Deutschland hängt der Bildungserfolg stark vom Wohlstand der Eltern ab. Diese Verhältnisse wollen wir ändern und lehnen daher jede Erhöhung der Semesterbeiträge ab.

## 12. Kultur

Kultur ist das, was unser Leben ausmacht. Sie erhöht die Lebensqualität, dient der Entspannung, der Zerstreuung, dem Amüsement, aber auch der Kritik, dem Protest und dem Erkenntnisgewinn. Für DIE LINKE. Bonn ist die Förderung von Kunst und Kultur unverrückbarer Teil ihres kommunalen Selbstverständnisses.

Besonders wichtig ist uns die Alltagskultur. Öffentliche Plätze, auf denen sich Menschen gerade in ihrem Wohnquartier ohne Konsumzwang aufhalten, treffen und austauschen können, sind Teil einer gelebten Alltagskultur. Deshalb sind die Verteidigung des öffentlichen Raums und der Kampf gegen die zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung kulturpolitische Aufgaben. Wir verteidigen daher beispielsweise den Frankenbadplatz als öffentlichen Ort und haben das Bürgerbegehren Viva Viktoria aktiv unterstützt, um das Viktoria-karree als studentisches Viertel, Wohnort und Heimstätte wichtiger Kulturinstitutionen zu bewahren. Leben ist mehr als Einkaufen. Weniger materieller Konsum kommt nicht nur der gelebten Kultur, sondern auch der Umwelt zugute.

Die Geschichte der Menschheit ist immer auch eine Geschichte von Unterdrückung, Verfolgung, Vertreibung, Ausgrenzung und Krieg. Wenn an Menschen, Gesellschaften und Gruppen, die dies erleiden mussten, nicht mehr erinnert wird, ist nicht nur ihr Leid vergeblich gewesen, wir verbauen uns auch ein Lernen für die Gegenwart und die Zukunft. Institutionen der Erinnerungs- und Gedenkkultur müssen gestärkt werden. Wir unterstützen die angestrebte Kommunalisierung der Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus, die mittler-

weile in „Gedenkstätte und NS-Dokumentationsstätte Bonn“ umbenannt wurde. Wir halten es für richtig und notwendig, dass hier die Kommune in stärkere Verantwortung genommen wird.

Wir stehen für den Fortbestand des Bonner Stadtmuseums in Zentrumsnähe mit einer neuen geschichtsdynamischen Konzeption, denn Geschichte hat keinen Anfang und hört auch nicht auf. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für Akteur\*innen der Erinnerungskultur, seien es Institutionen (Gedenkstätte, Stadtmuseum, Stadtarchiv) oder auch Privatinitiativen und Vereine, ein Forum für den konzeptionellen Austausch geschaffen wird.

Kulturpolitisch steht das Jahr 2020 im Zeichen des Beethovenjubiläums. DIE LINKE erkennt die kulturelle Verantwortung Bonns als Geburtsstadt Beethovens an. Wir lehnen allerdings eine stark von Standortinteressen getriebene Festivalkultur ab. Das durchaus revolutionäre Erbe Beethovens muss für alle verfügbar sein und – soweit wie möglich – der Verwertungs- und Profitlogik entzogen werden. Wir wollen daher diejenigen Akzente des Beethovenfestes stärken und verstetigen, die in die Gesellschaft ausstrahlen, und Angebote für alle auch jenseits der gewohnten Konzertspielstätten bieten. Dabei sollte die Beethovenpflege insofern dynamisch sein, dass nicht immer nur dieselben Werke in ihrer ursprünglichen Form gespielt werden – was seine kulturelle Berechtigung hat. Doch gerade die visionäre Seite Beethovens ermöglicht es, seine Musik mit dem Hier und Jetzt in Verbindung zu setzen.

„Kultur für alle“ hat für DIE LINKE. Bonn eine doppelte Bedeutung: Kultur für jedes Genre und Kultur für jeden Geldbeutel.

Die wertende Unterscheidung zwischen angeblicher Hochkultur gegenüber der sogenannten Populärkultur lehnen wir ab. Wir bekennen uns deshalb zur Trägervielfalt der kulturellen Einrichtungen. Bonn braucht starke städtische Institutionen wie das Theater, das keine Kürzungen mehr verträgt, und zugleich die freie Szene, welche die Stadt deutlich stärker fördern muss. Um einen innerkulturellen finanziellen Verschiebepfad zu vermeiden, muss deshalb der Kulturetatsatz erhöht werden.

Auskömmliche öffentliche Förderung ermöglicht gute Arbeitsverhältnisse mit angemessener Bezahlung auch in der Kultur vor und hinter den Kulissen, außerdem die Freiheit kultureller Betätigung jenseits kommerzieller Verwertungslogik. Der starke Einsatz von Leiharbeit wie in den letzten Jahren muss deutlich zurückgefahren und mittelfristig beendet werden. Wie überall brauchen wir im Sinne der Beschäftigten auch in der Kultur reguläre Arbeitsverhältnisse.

Vor allem aber reißt erst öffentliche Förderung die Zugangsbarrieren ein und öffnet Kultur für alle Menschen unabhängig vom Einkommen. Daher stellen wir uns offensiv gegen Forderungen, die Bonner Oper zu schließen oder deren Zuschüsse zu senken. Zugleich wenden wir uns gegen falsche Gegenüberstellungen, die einen Interessengegensatz von Kultur und Sport suggerieren. Bonn kann und soll sich Sport und Kultur auf hohem Niveau leisten.

Wir fordern konkret:

- ◀ mehr Geld für die freie Szene, um Kreativität und Vielfalt zu fördern und gute Arbeitsverhältnisse zu ermöglichen. Automatische Steigerung gemäß Kostenentwicklung bei mittelfristiger

Planungssicherheit durch Förderverträge ohne Vorbehalte der Stadt.

- ◀ Abbau des Sanierungsstaus bei den städtischen Kultureinrichtungen durch sukzessive Sanierung. Lernen aus dem Missmanagement bei der Beethovenhalle durch Beauftragung von Generalunternehmern und Einstellung qualifizierten städtischen Personals für das Controlling und die Steuerung.
- ◀ keine Schließung von Stadtteilbibliotheken.
- ◀ Ausbau der kulturellen, musischen, politischen, künstlerischen und berufsbildenden Bildungsangebote der Volkshochschule Bonn.
- ◀ Sanierung der Oper im Bestand bei mindestens konstanter städtischer Betriebsförderung. Schluss mit Personalabbau und Wegrationalisierung.
- ◀ Akzeptanz des Bonn-Ausweises bei allen Kulturveranstaltungen. Kooperation und Anerkennung auch im Umland bis Köln, bei wechselseitiger Anerkennung des Köln-Passes.
- ◀ höhere Quote von Festanstellungenverhältnissen von Beschäftigten in der Musikschule. Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschule. Anhebung der Honorare für die Kursleiter\*innen.
- ◀ Erhalt und Sanierung des Schauspielhauses in Bad Godesberg als Hauptspielstätte des Theaters.
- ◀ Wenn das selbstverwaltete Kulturzentrum „Alte VHS“ zu Gunsten einer Kita auszieht, muss die Stadt eine attraktive und zentrumsnahe Alternative anbieten. Die Alte VHS soll an neuer Stätte im Einvernehmen mit den tragenden Aktiven fortgeführt werden.



- ◀ Dem Euro Theater Central sollen auch an neuer Spielstätte wieder städtische Betriebskostenzuschüsse im erforderlichen Umfang gewährt werden.
- ◀ Neue Intendanten, etwa beim Beethovenfest, sollten jungen Interessent\*innen Chancen geben, um neue Dynamik auszulösen, ohne dass für Etablierte Gehälter von 200.000 Euro und mehr erforderlich werden.
- ◀ zentrumsnahe Perspektiven für das Stadtmuseum.
- ◀ Verzicht auf unangemessene städtische Mietforderungen gegenüber kulturellen Initiativen und Vereinen.

## 13. Sport

Fast 400 Sportvereine leisten ebenso wie die vereinsunabhängige Sportausübung einen zentralen Beitrag für Gesundheit, Teilhabe und Gemeinschaft. Auch soziale Barrieren können durch das gelebte Miteinander im Sport verringert werden. Zudem sind die Förderung von Toleranz, Akzeptanz und Gewaltprävention für viele Bonner Sportvereine wichtige Ziele. Diese Ziele sind auch der Maßstab für unsere linke Sportpolitik.

Viel hätte die Bonner Sportpolitik in den zurückliegenden sechs Jahren schaffen können. Sie hätte die Schwimmbäder der Stadt in geeigneter Abfolge sanieren können. Sie hätte den öffentlichen Zugang der städtischen Sportstätten breiter und sozialer gestalten können. Auch die Ergebnisse der jetzt vorliegenden Sportentwicklungsplanung, wonach sich mehr als die Hälfte der Bonner Sporthallen in einem schlechten Zustand befindet, können niemanden überraschen. Die von der schwarz-grün-gelben Koalition für den Traum von der „schwarzen Null“ verschleppte Sanierung der maroden Hallenbäder und Turnhallen darf deshalb nicht weiter aufgeschoben werden. Auch Verwaltung und Oberbürgermeister müssen sich endlich dem bedauernswerten Zustand der Bonner Sportstätten stellen – statt sich wie bisher vor allem um Mega-Events wie Olympia 2032 oder sonstige internationale Meisterschaften mit vermeintlicher Strahlkraft für die Stadt zu bemühen. Die inklusive Teilhabe von Menschen mit Behinderung/ Beeinträchtigung im sportlichen Bereich ist zu verbessern, die umfassende Teilnahme an Breitensportlichen Aktivitäten zu fördern. Insbesondere ist sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen/Beeinträchtigungen



gleichberechtigt mit anderen Kindern und Jugendlichen an Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich.

Wir fordern konkret:

- ◀ keine Bäderschließung. Kein Raubbau an der Bonner Bäderlandschaft. Ersatz für das geschlossene Kurfürstenbad in Bad Godesberg. Sofortige Sanierung des Frankenbads als Schwimmbad.
- ◀ ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen mit einem Bonn-Ausweis in allen Bonner Sportvereinen, die städtische Fördermittel beziehen.
- ◀ Fortschreibung des Sportentwicklungsplans und dessen Anwendung als verbindliches Planungsinstrument analog der Schulentwicklungs- und Kitabedarfsplanung.
- ◀ Gründung einer städtischen Initiative, die für jedes Kind, das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sport- oder Turnverein übernimmt.
- ◀ Erweiterung bestehender und die Schaffung neuer Anlagen auch für den nicht vereinsgebundenen Freizeitsport (Bolzplätze, Skate- und BMX-Parcours, Spielplätze, Multifunktionsflächen).
- ◀ Aufstellung frei zugänglicher Sportgeräte im Stadtgebiet.
- ◀ Referendum aller Menschen in den betroffenen Kommunen als eine unverzichtbare Voraussetzung für eine mögliche Bonner Beteiligung an der Olympiabewerbung 2032.

## 14. Gedenkkultur / Antifaschismus

Für DIE LINKE ist eine dem Antifaschismus verpflichtete Kommunalpolitik selbstverständlich. Wir setzen uns dafür ein, durch Gedenkstätten, Informationstafeln, Straßen- und Platzbenennungen des antifaschistischen Widerstands sowie der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken, einen breiten Dialog zu führen und zu fördern und die Demokratie im kommunalen Leben und in der Alltagskultur zu verteidigen. Wir beteiligen uns an kommunalen Bündnissen und an Aktionen gegen die Aufmärsche der alten und der neuen Nazis und werden dies auch in Zukunft tun.

Das NS-Regime hat Millionen von Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Sie haben als Flüchtlinge überall auf der Welt Asyl und Zuflucht gefunden. Für uns leitet sich daraus die historische Verpflichtung ab, dass wir unsere Städte für alle Menschen, die aufgrund von Hunger, Not, Gewalt, Krieg und Bürgerkrieg ihre Heimat verlassen müssen, als Zufluchtsstätten bereithalten. Diese Erinnerung schafft Bewusstsein und sensibilisiert für die anstehenden Auseinandersetzungen mit Parteien und Gruppierungen, die die Demokratie abschaffen wollen.

DIE LINKE. Bonn tritt für eine ausgewogene und differenzierte Gedenkkultur ein, die alle Facetten der Stadtgeschichte beleuchtet und nicht nur bestimmte, momentan angesagt erscheinende Ereignisse und Personen. Wir begrüßen das Mahnmal zur Bücherverbrennung, an dem alljährlich zum Jahrestag am 10. Mai verbrannte Texte verfolgt und ermordeter Autor\*innen gelesen werden. Wir sprechen uns zudem dafür

aus, dass Zeugnisse und Lebensleistungen der revolutionären Arbeiter\*innenbewegung im öffentlichen Raum und damit im städtischen Bewusstsein gestärkt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die „Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus“ (heutiger Name: NS-Dokumentationszentrum und Gedenkstätte) in städtische Trägerschaft überführt wird. Verantwortlich für die NS-Verbrechen waren Staat und Gesellschaft, deshalb ist die Gedenkarbeit neben bürgerschaftlichem Engagement auch Aufgabe der Kommune. Wir treten für ein Forum aller Akteur\*innen der Gedenkkultur ein, um die Erinnerungskultur in Bonn weiterzuentwickeln.

Dazu gehört auch der kritische Umgang mit der Benennung von Straßen und Plätzen. Eine Hindenburgallee oder ein Hindenburgplatz sind für DIE LINKE nicht hinnehmbar. Hier wäre es angemessen, solche Straßen und Plätze nach Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand zu benennen oder auch Menschen aus der sozialistischen Arbeiter\*innenbewegung für ihre Lebensleistung zu würdigen. Ein Rosa-Luxemburg-Platz stünde Bonn gut zu Gesicht.

Die Rolle Deutschlands als Kolonialmacht ist als Aspekt der Erinnerungskultur zu stark vernachlässigt. Dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte spiegelt sich in Straßennamen, Denkmälern und Bauwerken wider. Gemäß Artikel 14 der Erklärung der „Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz“ (2001), die auch Deutschland unterschrieben hat, werden Leid und Unrecht im Zuge des Kolonialismus anerkannt. Um auch in Bonn die Folgen und Spuren des Kolonialismus zu thematisieren, streben

wir unter Beteiligung der Nachfahr\*innen Kolonisierter und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen ein stadtweites postkoloniales Erinnerungskonzept an. Ein zentrales Anliegen ist hierbei die umfassende Dekolonisierung des Bonner Stadtraums und der Institutionen im Sinne der vom Deutschen Städtetag empfohlenen bundesweiten Resolutionen postkolonialer Initiativen von 2010 und 2018. So sollen unter anderem Straßen umbenannt werden, die den Kolonialismus und ihre rassistischen Akteur\*innen verherrlichen, sowie ein Konzept erarbeitet werden, wie z.B. mit dem Grab von Lothar von Trotha auf dem Poppelsdorfer Friedhof umgegangen werden soll.

## 15. Finanzen

Über Jahrzehnte struktureller Unterfinanzierung hat die Stadt Bonn zwischenzeitlich eine Schuldenlast in Höhe von fast 2 Mrd. EUR aufgetürmt. Das ist nur zum Teil Ausdruck falscher Kommunalpolitik. Vielmehr hat die neoliberale Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierungen über Jahrzehnte dafür gesorgt, dass nach Steuergeschenken an Konzerne und Vermögende die öffentlichen Kassen leer waren. In NRW wurden die Kommunen durch das Land zudem besonders schlecht finanziell ausgestattet. Erst seit Kurzem gibt es Anzeichen, dass sich das ändert. Neben höherer Bundesbeteiligung an kommunalen Kosten sprudelt auch die Gewerbesteuer auf örtliche Unternehmensgewinne stärker. So konnte die Stadt Bonn in den Jahren 2017 (+59 Mio. EUR) sowie 2018 und 2019 (je +10 Mio. EUR) entgegen eigener Planungen wieder beachtliche Überschüsse erwirtschaften.

Ob sich diese Entwicklung verstetigt, ist offen. Unabhängig davon zeigen diese aus Zusatzeinnahmen resultierenden Überschüsse deutlich: Bonn kann sich aus der Haushaltskrise nicht heraussparen. Der Schlüssel für eine stabile Haushaltswirtschaft sind vielmehr höhere Einnahmen! Durch eine gemeindliche Finanzausstattung, die kommunale Selbstverwaltung wieder auf Dauer möglich macht, ist dann auch ein dauerhaft ausgeglichener Haushalt realistisch.

Zugleich ist die „schwarze Null“ für uns kein Selbstzweck. Ihr ordnet DIE LINKE das Ziel einer attraktiven Infrastruktur mit gut sanierten Schulen, Schwimmbädern und Kultureinrichtungen nicht unter. Die Bonner Stadtgesellschaft kann und muss

sich bei einer gerechten Finanzierung des Gemeinwohls den Erhalt der sozialen, kulturellen und auch sportlichen Infrastruktur leisten und zugleich in die Bewältigung der Zukunftsaufgaben Klimaschutz und Verkehrswende investieren. Die Begrenzung der Schuldenlast alleine ist noch kein Durchbruch für Generationengerechtigkeit. Für DIE LINKE ist es wichtiger, den kommenden Generationen Zukunftschancen und eine intakte Stadtgesellschaft zu hinterlassen, auch wenn dies teilweise kreditfinanziert erfolgt. Das gilt bei den derzeitigen Niedrigzinsen erst recht.

Wir fordern konkret:

- ◀ **Priorität auf die Felder Soziales, Wohnen, Bildung, Verkehr, Klimaschutz, Kultur und Sport.**
- ◀ **Verzicht auf teure Leuchtturmprojekte:** Wir wollen die Einrichtungsvielfalt in Bonn bewahren. Das heißt: Ablehnung von Zentralisierungen und sukzessiver Abbau des Investitionsstaus im Einrichtungsbestand.
- ◀ **Steuerpolitischer Hebel der Stadt zur Infrastruktur- und Aufgabenfinanzierung ist die Gewerbesteuer auf Unternehmensgewinne.** Eine Erhöhung der Gewerbesteuer kann im Laufe der nächsten Wahlperiode erforderlich werden. Die Grundsteuer, die das Wohnen in Bonn verteuert, muss hingegen gesenkt werden.
- ◀ **Einstellung weiterer kommunaler Prüfer\*innen für den Gewerbesteuerprüfdienst.** Diese auf Vorschlag der Linksfraktion erstmalig eingestellten Prüfer\*innen (2) verschaffen der Stadt jährlich hohe Mehreinnahmen in Millio-nenhöhe, ohne dass die Steuersätze erhöht werden müssen. DIE LINKE wird

sich für mehr Personal im Gewerbesteuerprüfdienst einsetzen, damit vor allem die örtlichen Konzerne intensiv kontrolliert werden können.

- ◀ eine maßvolle städtische Gebührenpolitik! Die städtischen Gebühren dürfen Wohnen nicht spürbar weiter verteuern. Hierfür müssen die von der Stadt angehäuften Überschüsse aus Vorjahren zeitnah an die Bonner\*innen zurückgezahlt und Kosten in den Kalkulationen maßvoll und realistisch angesetzt werden. Bei der kalkulatorischen Verzinsung des städtischen Eigenkapitals soll auf einen Risikozuschlag verzichtet werden.
- ◀ eine realistische Haushaltsplanung. In den letzten Jahren hat die Verwaltung die Haushaltslage vorab stets deutlich negativer geplant als sie tatsächlich eintrat. Das hat berechnete Forderungen der Öffentlichkeit bereits im Keim erstickt. Politische Steuerung und demokratischer Diskurs erfordern demgegenüber eine realistische Haushaltsplanung hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten der Stadt.
- ◀ deutliche Reduzierung externer Berater\*innenkosten.
- ◀ Investment städtischer Rücklagen nur nach sozialen und ethischen Kriterien.
- ◀ konsequenter Einsatz für eine Besteuerung nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit auf allen Ebenen und damit für eine substanzielle kommunale Finanzreform. Das umfasst auch eine Übernahme der durch unzureichende Finanzausstattung angehäuften Liquiditätskreditverschuldung durch Bund und Land.

**Kreisverband DIE LINKE.Bonn**

**Vorgebirgsstraße 24**

**53111 Bonn**

**[www.dielinke-bonn.de](http://www.dielinke-bonn.de)**

**[kontakt@dielinke-bonn.de](mailto:kontakt@dielinke-bonn.de)**